



MITTWOCH, 20. JUNI 2012

Schweiz

Basel 7

Ein Blick in die Armutsindustrie

Bern 9

Verschärfungen des Asylrechts

Grenzen 19

Kampagne 'Ungerechtigkeit entsorgen' lanciert

Wirtschaft 20

Liberalisierung des Asylwesens

Wetter

MORGEN



NACHMITTAG



EM vor den Toren der Schweiz

Morgen treffen über 200 EM-Teilnehmende in Basel ein. Nach einem grenzüberschreitenden Lauf gegen Rassismus bewegen sie sich am 23. Juni gemeinsam nach Bern und Wünnewil (24. Juni) und ziehen schliesslich weiter in Richtung Italien. Gestartet sind die Läufer_innen am 02. Juni in Brüssel, in insgesamt 31

Tagen werden sie zahlreiche Länder Europas durchqueren. Anlässlich dieses denkwürdigen Ereignisses berichtet die Redaktion in der „31-Tage“ EM-Sonderausgabe über Aktuelles, Geschichte und Hintergründe.

SEITE 2



Die EM-Teilnehmenden passieren am 02. Juni die erste Grenze.

SCHWEIZ. Bereits seit 18 Tagen bewegt sich der Europäische Marsch der Sans-Papiers und Migrant_innen (EM) lautstark durch verschiedene europäische Länder. Mit Trommeln und Transparenten zogen Sans-Papiers, Migrant_innen und Unterstützende durch die Strassen von

Brüssel, Maastricht, Luxemburg, Schengen und anderen europäischen Städten. Sie wollen damit der Forderung nach dem Recht auf Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit für alle Gehör verschaffen. Nun rufen sie auch die Bewohner_innen der Schweiz zur Solidarität, Un-

terstützung und zur Teilnahme am Marsch auf, um somit gemeinsam gegen Rassismus und für die Würde und Rechte von Sans-Papiers und Migrant_innen zu kämpfen.

SEITE 3

EM der Sans-Papiers und Migrant_innen

EUROPA. Verläuft alles nach Plan, erreicht der Europäische Marsch der Sans-Papiers und Migrant_innen am 21. Juni 2012 die Schweiz (Basel). Als erste Etappe wurde am 3./4. Juni 2012 Brüssel mit dem Hauptsitz der Europäischen Union gemeistert. Seither durchquerte der Marsch halb Europa. Unterwegs wird die Bewegungsfreiheit aller Menschen nicht nur Schritt für Schritt eingefordert, sondern auch gelebt.

Eine Menschenmenge schlängelt sich durch die engen Gassen von Hénin-Beaumont (Frankreich). Das Kamerabild nähert sich einem Strassenschild mit der Inschrift „Rue de l'humanité“ – Strasse der Menschlichkeit. Danach folgt die Kamera der Menschenmenge, die vorwiegend aus Schwarzafrikaner_innen besteht. Alle Demonstrierenden tragen T-Shirts mit der Aufschrift: „Liberté de circulation et d'installation pour tous!“ Die Kamera hat sich mittlerweile in den Demonstrationszug eingereiht. Begleitet werden die Demonstrierenden von hypnotischen Trommelschlägen. Aus dem tranceartigen Zustand er-



Am 02. Juni 2012 begann der Marsch in Brüssel. Über Zwischenetappen in Maastricht, Schengen, Florange, Metz, Verdun, Mannheim, Heidelberg, Freiburg erreichen die EM-Teilnehmenden voraussichtlich am 21. Juni die Schweizer Grenze (=6. Grenzüberschreitung). Über Basel, Bern, Wünnewil marschieren die Teilnehmenden nach Turin und schlussendlich nach Strassbourg, wo die europäischen Institutionen am 02. Juli mit den Forderungen der IKMS konfrontiert werden sollen.

wacht der Betrachter bei Erscheinen eines Untertitels im Kamerabild: „Les Sans-Papiers sont dans les rues!“ Das Video auf der Homepage der Internationalen Koalition der Sans-Papiers und Migrant_innen (IKSM) kündigt an: Der Marsch hat seinen Lauf genommen. Über einen Zwischenstopp in Hénin-Beaumont führt er von Paris zur ersten Etappe in Brüssel.

Der Marsch richtet sich unter anderem an die EU. Dies wird durch die Wahl der Route verdeutlicht: Von Brüssel (Hauptsitz der EU) aus führt der Marsch über Maastricht (Gründungsort der heutigen EU) nach Strassbourg (Sitz des Europäischen Parlaments). Die IKSM prangert die repressiven Gesetze in der EU an. Migrant_innen werden in Lagern eingepfercht,

in Gefängnissen weggesperrt und auf brutalste Art und Weise ausgeschafft. Mit der Einführung des Schengen-Dublin-Abkommens und der Einsetzung der Frontex erhält die Repression eine neue, noch unmenschlichere Dimension. Deshalb wurde als weitere Etappe des Marsches Schengen (Luxembourg) gewählt. Hier wurde das Schengen-Abkommen unter-

zeichnet. Dieses sieht den Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen und die Einführung des freien Personen- und Warenverkehrs innerhalb der EU vor. Dieses Recht gilt jedoch nicht für alle. Für Migrant_innen von Drittstaaten erscheint die EU als eine einzig grosse Festung. Wer es schafft, die Grenzen zu überqueren, wird mit einer gewaltigen Repressionsmaschi-

nerie konfrontiert. Der Marsch protestiert gegen eine solche EU. Die Aktivist_innen fordern Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit für alle, die globale Regularisierung aller Sans-Papiers, Bürgerschaftsrechte am Aufenthaltsort, Schutz und Respekt für Asylsuchende, für Sinti und Romas. Die IKSM greift auch die aktuelle wirtschaftliche Lage in Europa auf. Denn die ökonomische Krise erfasst in erster Linie Menschen in prekären Lebenslagen, Migrant_innen, insbesondere Sans-Papiers zählen zu ihnen. Überall in Europa antworten Regierungen mit Sparprogrammen, utilitaristischer Migrationspolitik und es kommt zu rassistischen Auswüchsen.

Unternehmen erzielen ihre Profite durch die Ausbeutung von Migrant_innen und Sans-Papiers. Besonders in Sektoren, die nicht standortverlagert werden können, etwa im Bau- und Dienstleistungssektor oder im Gastgewerbe, werden flexibel einsetzbare und billige Arbeitskräfte benötigt. Der Marsch der Sans-Papiers und der Migrant_innen soll auch daran erinnern, dass die Migration



im 20. Jahrhundert dazu diente, Heere von Soldaten und Lohnabhängigen zu rekrutieren, die im Kampf oder nach langen Jahren der Ausbeutung starben. Von ihren Leben profitierten die europäischen Nationalstaaten. Die Aktivist_innen revoltieren gegen die Ungerechtigkeit, Diskriminierung und die Ungleichheiten, von denen Migrant_innen und marginalisierte Gruppen zunehmend betroffen sind. Der Marsch ist

ein grenzensprengendes, ein internationalistisches Projekt. Die IKSM ruft deshalb alle Sans-Papiers, Migrant_innen, Kollektive, Vereine, Gewerkschaften, Lohnabhängigen, Rentner_innen, Empörten, Student_innen, sozialen Bewegungen, politischen Parteien und Bürger_innen auf, am Europäischen Marsch der Sans-Papiers und der Migrant_innen teilzunehmen: ALLE GEMEINSAM NACH STRASBOURG!



Hello & Goodbye

BASEL. Die Basler Fluggesellschaft Hello ist stolz darauf, Profifussballer und Fans des FCB und FCZ zu europäischen Spielen zu fliegen. Doch Hello ist auch auf andere Passagiere spezialisiert: Sie führt Ausschaffungsflüge durch. Augenauf hat die Spuren von Opfern eines Ausschaffungsflugs verfolgt.

Am 5. Oktober 2009 um 21:00 Uhr startete eine Maschine der Basler Fluggesellschaft Hello in Zürich Kloten. An Bord: Acht afrikanische Flüchtlinge, an Händen und Füßen gefesselt, sowie mehr als 20 «Begleiter_innen». Mindestens 10 davon waren bewaffnete Polizisten. Auch ein Arzt und Angestellte von Hello waren mit an Bord. Unabhängige Zeugen des Ausschaffungsflugs gibt es nicht. Die Passagiere blieben den ganzen Flug über an Händen und Füßen gefesselt. Die Maschine erreichte um 5:30 Uhr Kinshasa, Hauptstadt der vom Krieg zerstörten Demokratischen Republik Kongo. Hier wurden fünf der acht abgewiesenen Flüchtlinge «ausgeladen». Anschliessend flog die Maschine weiter nach Luanda, der Hauptstadt von Angola, wo die letzten «Passagiere» ausgeladen und ihrem Schicksal überlassen wurden.

Augenauf konnte mit einigen der Ausgeschafften Kontakt aufnehmen. Darunter auch mit L., der nach Luanda ausgeschafft wurde und anschliessend inhaftiert wurde. 27 Jahre lang lebte er in der Schweiz, wo er zwei minderjährige Kinder und eine erwachsene Tochter hat. Die Behörden des ehemaligen Bürgerkriegslandes Angola wollten für L. offenbar kein «Laissez-Passer» (provisorisches Papier für die einmalige Einreise) ausstellen. Also wurde kurzerhand eine andere Lösung kreiert, um L. ausschaffen zu können: Berner Beamte stellten das „Laissez-Passer“ selbst aus. Die Folgen dieser Anmassung der EJPD-Beamten und der gewaltsamen Ausschaffung sind für L. verheerend. Laut Bekannten von L. wurde er verhaftet und in ein Militärgefängnis in Luanda gebracht. Dies, obwohl allgemein bekannt ist, dass Gefängnisse in Angola lebensgefährliche Orte sind, aus denen man ohne Geld nicht mehr rauskommt.

Migration und multi-nationale Unternehmen

BASEL. *Multinationale Unternehmen und Migration haben viel miteinander zu tun. Multis schaffen Migrationsbewegungen, insbesondere im globalen Süden - und benötigen Migrant_innen für die Produktion, Organisation und Dienstleistungen im globalen Norden. Wirft man einen Blick auf die verschiedenen Migrationsbewegungen und die Funktionsweise der Wirtschaftspolitik, werden verschiedene Zusammenhänge deutlich.*

Multis produzieren Migration

Die mächtige Position vieler Konzerne ermöglicht es, eigene Handelsinteressen durchzusetzen und enorme Gewinne einzufahren, die durch die Ausbeutung anderer Menschen und Ressourcen auf der ganzen Welt generiert werden. Die lokale Bevölkerung - vor allem im globalen Süden - profitiert davon meist nicht, ressourcenreiche Länder verlieren zwar ihre Ressourcen, bleiben aber arm. In Sierra Leone werden beispielsweise für den Diamantenabbau

riesige Landflächen verpachtet oder verkauft, wobei die lokalen Bauern und Bäuerinnen mit niedrigen Kompensationszahlungen abgespeist werden und zudem ihre Subsistenz verlieren. Viele müssen in Städte und Nachbarländer abwandern. Gleichzeitig ist die Ernährungssicherheit für breite Teile der Bevölkerung nicht gewährleistet, da die landwirtschaftlichen Tätigkeiten wegfallen.

Die Folgen der staatlichen Kategorisierung

Auf der Suche nach einem würdigen Leben für sich und die eigenen Familien flüchten viele Menschen. Europäische Staaten „regulieren“ diese Migration, indem verschiedene rechtliche Kategorien (Aufenthaltsstatus) von Migrant_innen konstruiert werden, die dem Bedarf der Wirtschaft entsprechen. So führt die Klandestinisierung von Migrant_innen dazu, dass deren Arbeitskraft mühelos in Niedriglohnbranchen verwertet werden kann. In der Schweiz - aber auch in anderen

europäischen Staaten - arbeiten **Sans Papiers** in prekären, befristeten, schlecht entlohnten und unsicheren Jobs. So besteht beispielsweise bei Roche ein Teil des Putzpersonals aus Sans Papiers. Ein grosser Anteil an Migrantinnen arbeitet im Care Sektor, d.h. in Krankenhäusern, Wäschereien, Haushalt und Kinderbetreuung, aber auch in Fabriken an Maschinen. Ohne ihre niedrigen Löhne - und dadurch hohe Ausbeutungsrate - könnte die Schweiz ihren Lebensstandard und ihr „Wohlstandsniveau“ nicht halten. Das Wohl mancher geht klar auf Kosten anderer - und kann niemals allein durch Leistung oder Risiko gerechtfertigt werden.

Viele Multis stellen auch sogenannte **Internationals** ein, meist in leitender Stellung, beispielsweise in der Forschung oder im Management. Diese Migration ist (zumindest ökonomisch) Seitens der Schweiz erwünscht und diesen Menschen werden kaum

Schranken in den Weg gelegt. Warum? Weil sie die Profitrate hier in der Schweiz erhöhen und eine Nachfrage nach ihrem Wissen besteht. Auch die Fähigkeit zu interkultureller Kommunikation im globalen Kontext sind gefragte Qualifikationen. So kommt es zu der paradoxen Situation, dass Mitarbeiter_innen bei der BIZ (internationale Organisation) teilweise ihre Gehälter nicht einmal versteuern müssen, während viele Sans Papiers und Migrant_innen zwar in die Sozialversicherungen einzahlen, jedoch keinen Anspruch auf Leistung erhalten.

Auch **Grenzgänger_innen** (in Basel vor allem aus Frankreich und Deutschland) bekommen die ökonomische und politische Segregation zu spüren. Häufig werden verschiedene Löhne gezahlt, je nachdem wo man wohnt, oder unter welchen Bedingungen und von wem man eingestellt wird. Es gibt folglich bereits zwischen Menschen aus nächster Umgebung eine Segregation, die

sich in verschiedenen Löhnen niederschlägt. So werden beispielsweise Leute aus dem Elsass schlechter bezahlt. Unter diesen globalen Migrationsbewegungen ergeben sich zusätzliche Probleme für Lohnabhängige: eine Organisation für Arbeiterrechte ist über Betriebs- und Ländergrenzen hinweg noch schwieriger. Verschiedene gesetzliche Regelungen, Illegalisierungen, Distanzen und Sprachen behindern die Handlungsfähigkeit auf mehreren Ebenen.

Insgesamt lässt sich sagen, dass Flucht und Migration häufig die Folgen einer Globalisierung sind, deren Akteur_innen an Ressourcen und Märkten interessiert sind, nicht jedoch an Menschen, deren Bedürfnissen und Wohlergehen. Wenn wir versuchen, eine wünschenswerte Zukunft herzustellen, müssen wir also auch über Wirtschaft und Migration anders nachdenken.



Eine indische Gewerkschafterin protestiert gegen Zementmulti HOLCIM.

Lauf gegen Rassismus

BASEL. Am 21. Juni findet an der Deutsch-Schweizerischen Grenze beim Otterbachzoll in Basel ein grenzüberschreitender Lauf gegen Rassismus statt. Auf beiden Seiten der Grenze wird es einen Posten haben, an dem die Läufer_innen jeweils ihr Manifest stempeln müssen. Die Strecke dazwischen beträgt ca. 400m. Nach dem Vorbild anderer solcher Solidaritätsläufe wie z.B. dem Lauf gegen Rassismus in Zürich suchen sich die Läufer_innen Sponsor_innen, die pro gelaufene Strecke einen Geldbetrag spenden. Alle sind eingeladen mitzurennen. Spontanes Erscheinen ist ausdrücklich erwünscht! Sponsor_innen werden auch vor Ort noch vermittelt. Anlass dieses Solidaritätslaufes ist die zu dieser Zeit erwartete Ankunft des Europäischen Marsches der Sans-Papiers und Migrant_innen. Die von den Sportler_innen erlaufene Gelder werden vollumfänglich auf das Spendenkonto des Marsches überwiesen. Wir möchten mit diesem Spendenlauf unsere Solidarität mit den Teilnehmer_innen dieses Marsches ausdrücken. Die Sans-Papiers und Migrant_innen sollen mit einem fröhlichen, sportlichen und lebendigen Empfang willkommen geheissen werden.

Startnummerausgabe ist ab 11 Uhr bei der BBLACKBOXX, Freiburgerstrasse 36, 4057 Basel
Grenzüberschreitender Lauf gegen Rassismus
c/o Bildung Für Alle
Hohlstrasse 170, 8004 Zürich

Anmeldung unter: grenzueberschreitender_lauf@gmx.ch

GRENZÜBERSCHREITENDER LAUF



GEGEN
RASSISMUS
21.6. 2012

'Ich bin da – und ich kämpfe'

BASEL. Graffiti entstehen oft an so genannten Nicht-Orten, in Transiträumen, so, wie hier in der Nähe der Autobahn an der Otterbachgrenze zu Deutschland. Dieses Schablonengraffiti zeigt eine Tramperin, an einem Ort, wo tatsächlich eine Reisende stehen könnte. Auf dem Schild in ihren Händen wird allerdings kein Zielort genannt, es heisst hier nur: „WEG“: Offenbar ist der Drang, wegzukommen, so essentiell, dass die Destination für die Person keine Rolle spielt. Der alttümliche Koffer weist die Frau nicht als eine typische Tramperin aus. Durch den Koffer, den ersten Gesichtsausdruck und das Schwarz-Weiss der Figur wird eine nostalgische aber auch beklemmende Atmosphäre erzeugt. Dieser Eindruck wird durch den Zaun, der wie ein Grenzzaun wirkt, verstärkt. In Kombination mit dem Verkehrsschild und den Pfeilen, die nach oben zeigen, wirkt das „WEG“ auch wie ein weg von der Erde. Die Figur erinnert an die bekannte Fotografie von Anne Frank, die sich auf ihrem Tagebuch befindet. Anne stellte sich damals in ihrem Versteck in Amsterdam vor, bei ihrem Cousin in Basel zu sein.

1939 hatte der Bundesrat beschlossen, dass mit Aus-



nahme von Deserteuren und politischen Flüchtlingen „illegal“ Eingereiste in ihr Herkunftsland abzuschicken seien. Flüchtlinge aus Rassegründen galten nicht als politische Flüchtlinge. So wurden jüdische Flüchtlinge, die in Grenznähe aufgegriffen wurden, oft gleich wieder an die Grenze gestellt. Das Gebiet Lange Erlen war besonders gut bewacht, dort wurden zahlreiche Flüchtlinge geschnappt. Wenn die Wiese Hochwasser führte, kam es vor, dass Leute darin ertranken. Was die abgewiesenen Flüchtlinge zu erwarten hatten, konnte in der Schweiz -

wer wollte - wissen. Die Flüchtlingsthematik wurde allerdings selten ins Bild gesetzt: In der Zeit, in der die Not der Flüchtlinge am grössten und die Schweizer Flüchtlingspolitik am restriktivsten war, blendete beispielsweise die Schweizer Filmwochenschau das Thema aus. Dennoch präsentierte und imaginierte sich die Schweiz nach dem Krieg als Hort der Humanität, der den Verfolgten grosszügig Schutz bieten sollte.

Der historische Schrecken dieser Grenze ist vor Ort immer noch unsichtbar. Er wird mit dieser Schab-

lonenfigur nur angedeutet. Die Situation ist heute eine andere als während des Zweiten Weltkrieges. Unsichtbar sind allerdings gegenwärtig die Toten an den Aussengrenzen – und die Insassen der Ausschaffungsgefängnisse.

Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft illegalisiert werden, können in der Schweiz für eine Dauer ins Gefängnis kommen, die üblicherweise einer Haftstrafe für schwere Delikte entspricht. Die Ausschaffungsgefängnisse befinden sich meist in der Peripherie der Städte, in der Nähe von Flughäfen oder Bahn-

geleisen, wie das Basler Ausschaffungsgefängnis Bässlergut, das 2000 eröffnet wurde. Eine wichtige administrative Strategie ist die Anordnung dieser Unterkünfte ausserhalb des Sichtfeldes der Bevölkerung. Bilder zirkulieren nur in spektakulären Situationen, und dann nur aus der Aussenperspektive. Es handelt sich hier allerdings nicht nur um eine Invisibilisierungsstrategie, sondern um eine ambivalente Dialektik der Unsichtbar- und Sichtbarmachung: Im Dienste einer Abschreckungspolitik sollen die Abschiebelager für die Sans-Papiers selbst möglichst sichtbar sein. Auch wird durch die Präsenz der Abschiebelager signalisiert, dass aktiv gegen „illegale Immigration“ vorgegangen wird. Zugleich widerspricht die Präsenz der Abschiebelager offenbar den Empfindungen weiter Kreise der regularisierten Bevölkerung, denn Bewegungsfreiheit und die Möglichkeit, seinen Arbeitsort selbst zu wählen, nehmen wir für uns selbst selbstverständlich in Anspruch.

Die heute Marschierenden zeigen sich selbst, sie stellen ihre Präsenz aus und sagen: „Ich bin da, ich existiere – und ich kämpfe für meine Rechte“.

Ein Blick in die Armutsindustrie

BASEL. *Sans Papiers stehen in der Gesellschaft zuunterst unten, ohne Rechte und ohne Papiere. Ihre Löhne sind selbstredend prekär, Arbeitseinsätze ungewiss. Die nächste Stufe ist die der Asylsuchenden, die Gratis-Arbeitseinsätze leisten müssen. Meistens in der Strassenreinigung oder im Hilfspflegedienst. Dann kommt das Segment der Erwerbslosen und der Langzeiterwerbslosen, der Ausgesteuerten. Sie alle verbindet, die Suche nach Arbeit, nach einer Existenzsicherung. Die einen besitzen gar keine Rechte, die andere beschränkte. Ausbeutung und Ungewissheit prägen den Alltag.*

Seit März 2011 hat auch Basel einen Betrieb der Dock Gruppe AG. Es handelt sich um eine 100%ige Tochterfirma der Stiftung für Arbeit, welche 1997 in St. Gallen zusammen mit dem Gewerbeverband, dem Gewerkschaftsbund und den beiden Landeskirchen gegründet wurde. Inzwischen gibt es schon neun Docks in der Schweiz. Als Ziel wird genannt: Arbeitsplatzbeschaffung für ausgesteuerte Langzeitarbeitslose und die mittel- und längerfristige Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Die Vorsteherin der Sozialhilfe Basel-Stadt ist überzeugt, dass Dock etwas Sinnvolles sei. Es könnten als schwer vermittelbar geltende Personen wieder eine

Arbeitsstelle finden. 60 Einsatzplätze gibt es bei Dock Basel, welche bis auf 100 erweitert werden sollen. Die Vorsteherin sieht bei Angeboten für Langzeitarbeitslose im Stadtkanton einen wachsenden Bedarf. Deshalb soll die Zahl solcher Jobs bis Ende 2012 auf 200 verdoppelt werden. Laut dem Bericht des Bundesrates „Gesamtschweizerische Strategie zur Armutsbekämpfung“ vom März 2010 verfolgen Sozialfirmen ein doppeltes Ziel: sie bieten Arbeitsplätze für „eingeschränkt arbeitsmarktfähige Arbeitnehmernde“, wollen aber durchaus auch „Gewinne am Markt erwirtschaften“. Dabei wird erwartet, dass sie mindestens die Hälfte des Aufwands am Markt erwirtschaften, aber Stellen im ersten Arbeitsmarkt nicht konkurrenzieren dürfen.

Ein Widerspruch in sich. Ein Blick nach Deutschland erhellt das Ganze. Ein sehr guter Dokumentarfilm berichtet über diese neuen Märkte: „Die Armutsindustrie“ von Eva Müller. Es geht um Jobs, die in Billiglohnländern verlagert worden waren und wieder zurückgeholt wurden. Die Lohnkosten bezahlt nun der Staat. Erwerbslose führen die Arbeiten aus - wer profitiert davon?

Viele Unternehmer könnten ohne die Arbeitslosen nicht mehr produzieren, deren Arbeitskraft sie nun durch

den Staat umsonst erhalten. 2008 wurden in Deutschland 1'400 neue private Anbieter zur „Qualifizierung“ von Arbeitslosen zugelassen. Sieben Milliarden Euro hat der Staat ausgegeben. Insgesamt bezahlt er zwei Jahre lang, für die Beschäftigung eines Arbeitslosen im zweiten Arbeitsmarkt. Dieser taucht dann in keiner Arbeitslosenstatistik mehr auf, obwohl er noch ein Arbeitsloser ist. Die Beschäftigten führen normale Arbeit aus, aber zu welchen Löhnen? Im ersten Arbeitsmarkt müssten sie das Doppelte erhalten. Eine Arbeitswelt, die vom Staat subventioniert wird, wächst und wächst. Sie baut Häuser, legt Fussböden, lässt gute handwerkliche qualifizierte Arbeiten ausführen oder bietet haushaltsnahe Dienstleistungen an.

Die Schweiz entwickelt sich in grossem Tempo in dieselbe Richtung. Pro in der Dock Gruppe AG beschäftigte Person bezahlt die Sozialhilfe 555 Franken mehr, zusätzlich pro Anmeldung 800 Franken und zwar pro Namen, bei jeder neuen Anmeldung aufs Neue. Leider verfügen die Betroffenen über eine schwache Lobby. Wer hört schon wirklich hin?

'Die Kleine Schanze als grosse Chance'

BERN. Über 200 Menschen besetzten am 26. Juni 2010 für eine Woche die Kleine Schanze, ein zentral gelegener Park in der Stadt Bern. An diesem Ort manifestierte sich die schweizweite Bleiberecht-Bewegung zum ersten Mal und forderte eine kollektive Regularisierung aller Sans-Papiers. Seither ist die Kleine Schanze ein symbolträchtiger Ort für die Bleiberecht-Bewegung.

Die Kleine Schanze ist ein Ort, welcher die soziale Realität der Stadt Bern verdichtet wiedergibt. Hier treffen Tourist_innen, Beamt_innen und gut betuchte Ausgänger_innen auf Prostituierte, Randständige und Drogenabhängige. Hier geht die Polizei gegen die letztgenannten Gruppen repressiv vor. Hier leistet wiederum die Gasküche der Reitschule Widerstand gegen diese Repression und organisiert Essensausgaben für Randständige. Hier hat auch die Bleiberecht-Bewegung Ende Juni 2010 campiert, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Nicht zufällig wurde die Kleine Schanze als Plattform gewählt, liegt doch diese neben dem Bundeshaus und damit in der Nähe des politischen Machtzentrums. Zudem befindet sich im Bundeshaus West das Generalsekretariat des Eidgenössischen Justiz-

und Polizeidepartements (EJPD), welches sich für die schweizerische Migrationspolitik verantwortlich zeigt. Gerade mit dem Eindringen in das politische Machtzentrum beschränkten Sans-Papiers bisher unbekannte Wege. Werden diese doch systematisch von der politischen Gestaltungsmacht in der Schweiz ausgeschlossen. Neben dem Mitbestimmungsrecht werden ihnen andere grundsätzliche Rechte wie das Recht auf Bildung oder das Recht auf Arbeit verwehrt. Mit der Aktion „Kleine Schanze“ eigneten sich die Sans-Papiers eine Plattform an, um kollektiven Widerstand gegen ihre Entrechtung zu leisten. Hier auf der Kleinen Schanze sind die Sans-Papiers aus dem Schatten getreten. Von hier aus haben die Medien berichtet, dass in der Schweiz Menschen systematisch ausgegrenzt und ausgebeutet werden. Hier wurde der Grundstein für eine starke, schweizweite Bleiberecht-Bewegung gelegt.



'Wir sind keine Ratten - wir sind Menschen!'

BERN. Die gewinnorientierte Aktiengesellschaft ORS Service AG erhielt vom Kanton Bern Anfang 2012 den Auftrag in einer unterirdischen Zivilschutzanlage im Berner Hochfeldquartier bis zu 160 Asylsuchende unterzubringen. Nun regt sich Widerstand gegen den Beschluss des Kantons.

Bereits am 5. Mai demonstrierten 300 Personen gegen die Privatfirma ORS. Letzten Donnerstag, am 7. Juni versammelten sich erneut über 100 Personen zu einer Kundgebung vor der Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern. Darunter auch dreissig BewohnerInnen des Hochfeld-Bunkers. Einzelne unter ihnen ergriffen das Wort und beschrieben ihre Lage: «Wir sind 160 Frauen, Kinder und Männer im Bunker, aufgeteilt in grossen Räumen à 40 Personen. Wir können kaum schlafen, bekommen das Tageslicht kaum zu sehen, haben kein Geld und müssen dann essen, wenn es uns vorgegeben wird. Haben wir am Nachmittag Hunger und verlangen nach einem Stück Brot, bekom-

men wir nichts. Nur Ratten leben in Löchern. Wir sind aber keine Ratten - wir sind Menschen.»

Die ORS AG setzt mit dem Asylbusiness jährlich über 55 Millionen Franken um. Gewinne fließen direkt in die Taschen von privaten Investoren. Die Bedingungen im Hochfeldbunker zeigen wie sich im Zuge der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Aufgaben die Rechte und die Bedürfnisbefriedigung der Asylsuchenden den Gesetzen der Konkurrenz und der Logik des Kapitals unterordnen müssen.

Die SVP fordert in der laufenden Asylgesetzrevision, dass alle Asylsuchenden von der Sozialhilfe ausgeschlossen werden sollen. Obwohl das Parlament bis Redaktionsschluss noch debattiert, wird der Vorschlag im Kanton Bern bereits praktiziert. Denn Sozialhilfeberechtigte Flüchtlinge und abgewiesene Asylsuchende werden im Hochfeldbunker gleichermaßen dem Nothilfeniveau ausgesetzt.

Wir sind keine Ratten!

Volksmotion «Fremdenhetze und Asylbusiness stoppen» JETZT

UNTERSCHREIBEN! auf www.asyl.ch

Verschärfungen des Asylrechts

BERN. In letzter Zeit wird viel über die Zunahme der Asylgesuche und das schlechte Verhalten von Asylbewerber_innen berichtet. Dies liefert der Rechten Argumente für weitere menschenverachtende Gesetze.

Als nächstes soll das Botchaftsverfahren abgeschafft werden. Dies wird zur Folge haben, dass viele Flüchtlinge keine Möglichkeit mehr haben, ein Asylgesuch zu stellen. Es ist klar, dass damit der Zweck verfolgt wird, die Zahl der Asylgesuche zu mindern. Die Rechte von Schutzbedürftigen werden abgebaut, das Schlepperwesen gefördert. Wehrdienstverweigerung als asylrelevanter Fluchtgrund soll ebenfalls abgeschafft werden. Ein klarer Bruch mit der Genfer Flüchtlingskonvention. Sich der aktiven Teilnahme an einem Krieg durch Verweigerung oder Desertion zu entziehen, ist klar als Flucht zu bewerten. Neu soll kriminalisiert werden, wer sich als asyl-

suchende Person «einzig mit der Absicht, subjektive Nachfluchtgründe zu schaffen» öffentlich politisch betätigt. Dies widerspricht den Grundrechten und der Europäischen Menschenrechtskonventionen. Ebenfalls unter Strafe gestellt würden idealistisch oder ethisch motivierte Hilfestellungen zugunsten politisch aktiver Asylsuchender. Der Antrag, allen Asylsuchenden nur noch Nothilfe zu gewähren, scheiterte in der Sicherheitspolitischen Kommission knapp. Gleiches gilt für die Anträge zur Abschaffung der Härtefallregelung nach Art.14 und 84 AuG. Die Gefahr, dass diese Vorstösse im Nationalrat durchkommen, besteht aber. Geplant sind ausserdem Beschleunigungen, die die Chancen der Asylsuchenden auf ein faires Verfahren verschlechtern werden und ihre Ghettoisierung in Bundeszentren vorsehen. Dass die meisten der beschleunigten Verfahren in negativen Entscheidungen würden, ist ein offe-

nes Geheimnis. Sommarugas Asylgesetzrevision dürfte deshalb bewirken, dass mehr Leute in die Nothilfe und in die Illegalität gedrängt werden.

Die perfide Logik hinter den Verschärfungen: Jeder abgewiesene Asylsuchende ist ein Beweis für Asylmissbrauch - jede anerkannte Asylsuchende ist ein Beweis für zu lasche Gesetze. Dass das Asylgesetz erst 2007 massiv verschärft wurde, wird dabei ausgeblendet. Ebenso, dass immer mehr Menschen, die in der Schweiz Schutz und Perspektiven suchen, monate- und jahrelang in menschenunwürdigen Bedingungen gehalten und in die soziale Isolation gezwungen werden.

Auch bereits ansässige Ausländer_innen sind im Visier. Das Bürgerrechtsgesetz soll dahingehend revidiert werden, dass Ausländer_innen nur noch einen Schweizer Pass beantragen können, wenn sie bereits über einen C-Ausweis verfügen. Zudem

sollen Arbeitslose nicht mehr eingebürgert werden können. Das neue Integrationsgesetz etabliert Druck und Zwang in Gestalt sogenannter «Integrationsvereinbarungen». Eine schwammige Definition von «guter Integration» soll künftig über die Erteilung/Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen entscheiden. Insbesondere Sprachkenntnisse werden zum Druckmittel. Ohne sie sollen Bewilligungen nicht verlängert der Zugang zu einem sichereren Aufenthaltstitel verwehrt und der Familiennachzug verunmöglicht werden.

Weiter soll die Reisefreiheit vorläufig aufgenommener Flüchtlinge auf ein Minimum beschränkt und der Nachzug ihrer Familienangehörigen verunmöglicht werden. Man will also den Flüchtlingen höchstens noch eine vorläufige Aufnahme gewähren und gleichzeitig deren Grundrechte auf skrupellose Art und Weise beschränken.

Reismarsch gegen Rassismus

AARWANGEN. Immer wieder kommt es um das Sachabgabezentrum (SAZ) Aarwangen zu systematischen Polizeikontrollen erzählen BewohnerInnen des SAZ.

Bei einer Demo am 26. April vor der lokalen Polizeiwache kritisierten sie die Praxis der Berner Kantonspolizei. In einem offenen Schreiben an die Berner Kantonspolizei

erklären die BewohnerInnen: „Wir wissen nicht, was PolizistInnen persönlich denken und fühlen, doch die Art und Weise, wie viele BeamtInnen mit uns sprechen, ist herabsetzend“.

Die kontrollierten abgewiesenen Asylsuchenden erhalten hohe Bussen wegen illegalem Aufenthalt. „Dieses System ist absurd und gehört abgeschafft“ skandierten die

BewohnerInnen lautstark vor der Polizeiwache.

Nothilfeabhängige haben im Kanton Bern ausschliesslich Anspruch auf eine Sachabgabe im Wert von 6 Franken und verfügen nicht über Bargeld. Um Bussen abzubezahlen, schleppten die BewohnerInnen 88 kg Reis von Aarwangen nach Langenthal. Die Polizei akzeptierte diese Zahlungsweise jedoch nicht.



Willkür im ORS-Nothilfe-Zentrum in Wünnewil

WÜNNEWIL. *Abgewiesene Asylsuchende im Kanton Freiburg müssen in der Notunterkunft „La Poya“ überleben.*

„La Poya“ besteht aus ein paar Baracken, die tagsüber abgeschlossen werden, so dass die Bewohner_innen keinen Zugang zu den Wohnräumen haben. Hinzu kommt, dass sie sich täglich um 10 Uhr bei einem Angestellten der ORS Service AG, welche „La Poya“ führt, melden müssen, um das Tagesgeld von knapp 10 Franken zu erhalten. Wenn sie nach 11 Uhr erscheinen, weil sie beispielsweise einen Arzttermin hatten, wird ihnen das Geld entzogen. Zudem müssen sie sich jede Woche bei der Fremdenpolizei ausweisen. Dort werden sie unter Androhung von Haft und Zwangsausschaffung regelmässig unter Druck gesetzt, die Schweiz sofort zu verlassen.

Wegen eines angeblichen Diebstahls eines Schlüssels am 16. September 2011 sollten alle Bewohner_innen der Notunterkunft kollektiv bestraft werden, indem ihnen das Tagesgeld für eine Woche gestrichen werden sollte. Infolge darauf unterschrieben 24 abgewiesene Asylsuchende einen Brief an das Sozialamt des Kantons Freiburg: „Es ist eine Kollektivstrafe, die das Fass zum Überlaufen gebracht hat“. Nach heftigem Protest vor dem Sozialamt wurde die Kol-

lektivstrafe schliesslich zurückgezogen. Stattdessen wurde dem Beschuldigten der Zugang zur Notunterkunft während sechs Tagen untersagt und die Nothilfe ersatzlos gestrichen. Er wurde auf die Strasse gesetzt und durfte nicht einmal Kleider holen. Dieses Vorgehen verletzt den Artikel 12 der Bundesverfassung und den Artikel 36 Absatz 1 der Verfassung des Kantons Freiburg: „Wer in Not ist, hat Anspruch auf angemessene Unterkunft, medizinische Grundversorgung und weitere, für ein menschenwürdiges Dasein, unerlässliche Mittel“.

Um diese spezifische Situation und die allgemeinen Probleme der Nothilfe und deren Umsetzung durch das Privatunter-

nehmen ORS Service AG anzuprangern, haben die Bewohner_innen von „La Poya“ nach diesem Vorfall einen offenen Brief an die politischen Verantwortlichen geschrieben. Darin fordern sie:

- (1) Zugang zu ihren Zimmern während des ganzen Tages,
- (2) das Recht, das gesamte Nothilfe-Geld einmal wöchentlich abzuholen,
- (3) Stopp der Festnahmen bei der Fremdenpolizei, bei der sie sich wöchentlich präsentieren müssen,
- (4) Massnahmen gegen das verachtende Verhalten eines Aufsehers gegenüber den Bewohner_innen
- (5) und das Recht, sich jederzeit mit den Vertreter_innen des CCSI/SOS Rassismus in der Notunterkunft zu versammeln.

Drei Monate nach der Abgabe des Briefes antwortete das Sozialamt, dass es nicht auf die Forderungen der Bewohner_innen eingehen werde.

Der offene Brief entstand bei den Versammlungen der Bewohner_innen und des CCSI/SOS Rassismus, die regelmässig in der Notunterkunft organisiert wurden. Bis zur Briefabgabe fanden diese Versammlungen in „La Poya“ ohne Zwischenfälle statt. Seit dieser Aktion untersagt die ORS Service AG dem CCSI/SOS Rassismus den Zugang zum Zentrum ausserhalb der offiziellen Besuchszeiten.

Rassismus fügt Ihnen und Ihrer Umgebung erheblichen Schaden zu.

Le racisme nuit gravement à vous et à votre entourage.

Il razzismo danneggia gravemente te e chi ti sta intorno.

Des papiers pour tous ou pas de papiers du tout

GENF. *Im Rahmen des europäischen Marsches der Sans-Papiers und der Migrant_innen wird am 2. Juli 2012 in Genf ein Aktionstag stattfinden.*

Die Protestierenden richten sich gegen Ungerechtigkeit und Diskriminierung, die sich gegen prekäre Klassen und insbesondere gegen Sans-Papiers richten. Angeprangert wird die Festung Schweiz und

Europa und der repressive Polizeistaat.

An diesem Tag bewegen sich die Demonstrierenden zum Ausschaffungsgefängnis in Frambois, an den Ort schlechthin, an dem die Gewalt gegenüber Migrant_innen zum Ausdruck kommt, gegen Migrant_innen, deren einziges Vergehen darin besteht, ein Leben in Würde gesucht zu haben. Ein solches wird aber nicht zu finden

sein, solange die weltweite ökonomische Ungleichheit Menschen kategorisiert und hierarchisiert. Im „internationalen Genf“ ist genau diese Herrschaft konzentriert. Der Marsch verbindet den Flughafen Genf mit dem Gefängnis in Frambois. Mit dem Marsch wird die Strecke umgekehrt, die abgewiesene Migrant_innen unter Gewalt der Abschiebungsmaschinerie durchlaufen müssen.

„Gemeinsam wollen wir an den Ort zurückkehren, an dem sie eingeschlossen werden, vor den Gittern spielen wir Musik, essen gemeinsam und hoffen, dass wir es schaffen, diese Mauern – einschliesslich der Gefängnisse und Grenzen – zu sprengen“, erklären die Veranstalter.

Treffpunkt am 2. Juli 2012 um 12:00 Uhr am Flughafen in Genf.

Freiwillige für wissenschaftliche Studie gesucht

GENF. *Die neu gegründete Kriseninterventionsstelle für politische Krankheiten (KISPK) vom Universitätsspital Genf sucht für eine medizinische Studie Proband_innen.*

Untersucht werden psychologische und kognitive Ursachen, so wie die Folgen der zunehmend grassierenden Herzverhärtungskrankheit, die auch das Hirn befallen kann (Hirnversteifung) und führen im fortgeschrittenen Stadium zu totaler Hirnimpotenz. Aufgrund der aktuellen migrationspolitischen Zustände des Landes, ist die Krankheit hochansteckend. Die Studie erstreckt sich auf einen unbestimmten Zeitraum.

Gesucht werden Personen, die an folgenden Symptomen leiden:

- Luxusverlustängste
- Machthungerattacken
- Xenophobieanfälle
- Normalisierungskrämpfe/Normalsucht
- Alpträume von Schafen, Raben, Stiefeln, Minaretten und Wellen
- Hang zur Kinderbuchgrafik (Menschen als Tiere darstellen)
- Disfunktion der Denkdrüsen (Verdummungsausdünnung)
- Realitätsverdrehungs-Tourette
- Hochschnell-Katatonie des rechten Armes
- Reinheitsfantasien
- Profitadipositas
- Ausbeutungstendenz
- Sündenbock-Pocken
- Autoritätsgläubigkeit
- Medienhörigkeit
- Selbstreflexionsunfähigkeit und Doppelmental
- Minderheitenparanoia mit Anklagezwang
- Befall von diffusen Ängsten



- Kognitives Hinken wegen Linkslähmung oder Rechtslastigkeit

- Mangel an Urteilsvermögen in Kombination mit übertriebenem Pflichtbewusstsein und Karrieredenken (Dieses Symptom wurde bereits von der Philosophin Hannah Arendt in ihrer Studie „Die Banalität des Bösen“ analysiert).

zu nehmen, da sie das Zusammenleben der Menschen unerträglich vergiftet und für alle Beteiligten nicht nur sehr schmerzhaft ist, sondern die Umgebung der Krankheitsträger unausweichlich an Leib und Leben gefährdet.

Auskunft und Kontakt: Prof. Dr. A. R. -Selberdenksegger, Unispital

Die Krankheit ist ernst

Sans-Papiers überreichten Sommaruga eine Regularisierungsliste

BASEL. Am 13. März 2012 haben sich Sans-Papiers der schweizweiten Bleiberecht-Kollektive mit Bundesrätin Sommaruga getroffen und ihr eine Liste von 173 Sans-Papiers-Aktivist_innen überreicht, die ihre kollektive Regularisierung fordern.

Nachdem Sommaruga sich monatelang in Schweigen gehüllt hatte, erklärte sie nun kürzlich in einem Schreiben, dass sie sich nicht für die übergebene Regularisierungsliste einsetzen werde. Während sie die Aktivist_innen auf die Möglichkeit einer individuellen Härtefallregelung vertröstete, anerkannte sie im selben Atemzug, dass diese Praxis kantonal unterschiedlich gehandhabt wird und eine enorme Ungleichbehandlung bedeutet. Konkrete Lösungen wollte sie hierzu aber nicht präsentieren. Diese negative Reaktion hält die Aktivist_innen aber nicht davon ab, ihren Kampf gegen die Entrechtung und für eine kollektive Regularisierung fortzusetzen.

Gründe für eine kollektive Regularisierung

Sans-Papiers leben nicht am Rande der Gesellschaft, sondern mittendrin. Die kollektive Regularisierung trägt dieser Tatsache Rechnung:

- Die kollektive Regularisierung ermöglicht ein würdiges Leben als vollwertiges Mitglied dieser Gesellschaft und ist Bedingung für ein demokratisches Land ohne Exklusion. Sie ist Bedingung für die Partizipation aller.

- Die kollektive Regularisierung stützt sich auf Artikel 13 der universellen Menschenrechtserklärung. Jede und jeder hat „das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen“.

- Weder die Militarisierung der Grenzen, die Einwanderungs- und Schwarzarbeitskontrollen noch die Lager, Ausschaffungssysteme oder Rückführungsabkommen stoppen die Migration. Die kollektive Regularisierung ist eine kurzfristige Massnahme zu einer kohärenteren und glaubwürdigeren Migrationspolitik.

- Die kollektive Regularisierung entschärft Lohndumping und Lohndruck indem sie die Konkurrenz zwischen ungleich gestellten Lohnabhängigen verhindert. Der Zugang zu rechtlich geregelten Arbeitsverhältnissen schwächt Abhängigkeitsverhältnisse und Ausbeutung.

- Die kollektive Regularisierung mindert Ungleichheiten zwischen arm und reich, indem sie allen Mitgliedern der Gesellschaft Zugang zu den Sozialversicherungen und dem Bildungs- und Gesundheitssystem ermöglicht.

- Als Reaktion auf überlastete Asylbehörden, überfüllte und unwürdige Asylzentren und aufgrund fehlender Rückübernahmeabkommen wurden in Frankreich, Spanien, Italien oder Griechenland bereits Regularisierungsprogramme durchgeführt, welche hunderttausende Sans-Papiers kollektiv regularisierten. Der Europarat (2007) und die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (2010) anerkennen die kollektive Regularisierung als effizientes Mittel der Migrationspolitik.

- Populistische Parteien und Boulevardmedien profitieren von der Kriminalisierung „unechter“ Flüchtlinge. Die kollektive Regularisierung verhindert die xenophobe Stigmatisierung von Illegalisierten, welche die gesamte ausländische Bevölkerung erfasst.

‘Gemeinsam sind wir stärker’

BASEL. Seit dem 2. Juni bis zum 2. Juli werden Sans-Papiers aus verschiedensten Staaten in einem gemeinsamen Marsch Europa durchqueren. Wir haben mit zwei Aktivist_innen aus Frankreich und der Schweiz gesprochen. Aliou Sow ist Sekretär der Coordination 75 des Sans-Papiers (CSP75) aus Paris. Die CSP75 wurde unter anderem durch eine sechsmonatige Besetzung des CGT (des französischen Gewerkschaftsbundes) bekannt. Aliou wurde aufgrund langjähriger Mobilisierungen der CSP75 regularisiert. Jean-Didier Mamuidila ist ein Aktivist der Bleiberechtbewegung Schweiz. Er lebt als abgewiesener Asylsuchender in einem Nothilfezentrum.

Redaktion: Die Idee des Europäischen Marsches der Sans-Papiers und der Migrant_innen stammt von der CSP75. Wie kam es bei euch zu dieser Idee?
Aliou: Die CSP hat bereits zwei Märsche durchgeführt. Ein erster Marsch unseres Kollektivs fand im Mai 2010 statt. Damals liefen wir von Paris nach Nizza, wo ein Treffen der Frankophonie stattfand. Wir demonstrierten gegen die kollaboristische Haltung der afrikanischen Staatsmänner, die der

europäischen Ausschaffungspolitik nichts entgegengesetzten. Eine zweite Erfahrung machten wir im Februar 2011 in Afrika. Eine Delegation unseres Kollektivs marschierte von Bamako nach Dakar, wo das Weltsozialforum stattfand. Wir wollten damit

‘Mit dem Marsch wollen wir Grenzen überqueren und zeigen, dass es sich beim freien Personenverkehr um keine Utopie handelt.’

Aliou Sow
Sekretär der Coordination 75 des Sans-Papiers (CSP75) aus Paris

in Afrika auf die Lage der Sans-Papiers in Europa aufmerksam machen. Dieses Jahr wollen wir gemeinsam mit Sans-Papiers anderer europäischer Staaten marschieren.

Redaktion: Was fordert der Marsch?

Jean-Didier: Es geht uns mit dem Marsch darum, die kollektive Regularisierung der Sans-Papiers zu fordern. Weiter brauchen Sans-Papiers das Recht auf gute Arbeit, Bildung und Ausbildung und den Zugang zum Gesundheitssystem.

Aliou: Hinter der kollektiven Regularisierung steckt auch die Forderung auf freien Personenverkehr für alle. Mit dem Marsch wollen wir Grenzen überqueren und zeigen, dass es sich beim freien Personenverkehr um keine Utopie handelt. Unsere Forderungen wollen wir bis zum Hauptsitz des europäischen Parlaments in Strassburg tragen. Die gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter sollen uns hören. Nicht zuletzt geht es uns mit dem Marsch aber auch darum, eine allgemeine Diskussion über die Probleme der Migrant_innen in Europa anzustossen.

Redaktion: Worin bestehen die grossen Herausforderungen des Marsches?

Jean-Didier: Viele Schweizerinnen und Schweizer glauben Sans-Papiers seien Diebe oder Dealer. Die grösste Herausforderung wird es sein, als Menschen betrachtet und behandelt zu werden. Weiter geht es darum, Verhaftungen von Sans-Papiers zu verhindern. Der Marsch ist gewaltlos. Wir werden nichts zerstören und nichts stehlen. Wir gehen auf die Strasse um unsere Rechte einzufordern. Wir haben dies den Behörden in der Schweiz und auf europäischer Ebene auch

kommuniziert. Damit hoffen wir, repressive Massnahmen zu vermeiden.
Aliou: Ein Problem stellt die breite Mobilisierung der Sans-Papiers. Nach wie vor haben viele Sans-Papiers Angst sich zu zeigen. Während des Marsches soll in den einzelnen Ländern niemand zuhause bleiben.

Redaktion: Wie motiviert ihr Sans-Papiers, die Angst haben, sich zu mobilisieren?

Jean-Didier: Ich war bereits in Afrika politisch aktiv und kämpfte in einem diktatorischen Staat. In der Schweiz spricht man von einem Rechtsstaat, trotzdem haben Sans-Papiers keinerlei Rechte. Trotzdem versuche ich sie zu motivieren. Ich erkläre ihnen, dass es sich um einen demokratischen, gewaltlosen Kampf handelt und dass wir gemeinsam stärker sind. Der Marsch kann uns helfen, uns zu befreien.

Aliou: Sans-Papiers, die Angst haben, die Grenze selbst zu überqueren, sollen mit ihren Transparenten den Marsch empfangen und lautstark bis an die nächste Grenze begleiten, wo im nächsten Land auf der anderen Seite der Grenze neue Sans-Papiers diese Aufgabe übernehmen werden.

Redaktion: Wo seht ihr im Marsch längerfristige Perspektiven?

Aliou: Dieser Marsch wird Sans-Papiers-Kollektive und NGOs, Gewerkschaften oder Parteien, die sie unterstützen, auf internationaler Ebene zusammenführen. Nach dem

‘In der Schweiz spricht man von einem Rechtsstaat, trotzdem haben Sans-Papiers keinerlei Rechte.’

Jean-Didier Mamuidila
Aktivist der Bleiberechtbewegung Schweiz

Marsch wird es darum gehen, in jedem Land einen weiteren Marsch durchzuführen.

Jean-Didier: Ich hoffe, dass es möglich sein wird, ein internationales Komitee zu schaffen, dass längerfristig bestehen wird. Die Probleme der Migration sind international. Wir müssen unseren Widerstand auch entsprechend organisieren.

Aus den Lagern die SP belagern

BERN. Illegalisierte haben keine Lobby. So kämpfen sie auf ihre Art und besetzten am 13. und 14. März 2012 zusammen mit Unterstützenden das Generalsekretariat der SP Schweiz. Durch diesen Akt von zivilem Ungehorsam richteten sie sich an eine der letzten parlamentarischen Parteien, die nicht völlig von der xenophoben SVP-Migrationspolitik vereinnahmt ist.

Nach 20 Stunden Besetzung erschienen Christian Levrat und Andy Tschümperlin zur geforderten Diskussion. Eingangs präsentierten sie sich als „Partner“ der Sans-Papiers-Bewegung. Im Gesprächsverlauf zeigte sich allerdings, dass zum Thema Migrationspolitik bei der SP keine klaren grundrechtskonformen Minimalpositionen vorhanden sind. Die SP macht ihre Migrationspolitik von politischen Mehrheiten abhängig. Deshalb forderte Levrat die prekarierten Sans-Papiers auf, für ihre Grundrechte und Interessen zu lobbyieren. Eine konkrete Unterstützung der kollektiven Regularisierung der überreichten Liste der 173 Sans-Papiers sicherte Levrat nicht zu.

Er versprach lediglich sich im gesetzlichen Rahmen der bereits üblichen Härtefallprüfung für die Illegalisierten einzusetzen und handelt somit entgegen dem Leitspruch „FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE“, der ein Plakat im SP-Generalsekretariat zielt. Auch wenn es der SP schwer fällt sich klar für ein Bleiberecht ‘für alle statt für wenige’ einzusetzen, so wertete es die Bewegung als kleinen Erfolg, dass die Partei für die Reisekosten des „Besuchs“ aufkam.



Wie der letzte Dreck

BERN. Wer in Bern am Bahnhof in ein Tram oder Bus steigt, trifft meist auf schwarzhäutige Männer in weissen Westen mit der Aufschrift „Team Sauber“. Diese Männer steigen in Busse und Trams ein, beladen mit einem schwarzen Abfallsack und sammeln innerhalb von zwei Stationen den von den Passagieren liegen gelassenen Dreck.

Patrick ist auch einer von ihnen. Er ist aus dem Kongo, aus politischen Gründen vor dem Tod geflüchtet, in die Schweiz gekommen. Er lebt nun seit vielen Jahren hier, hat schon in vielen Unternehmen gearbeitet, in Bern, aber auch in anderen Kantonen. Seine Arbeitstage zählten damals zwölf Stunden, sein Einkommen betrug 2'500 Franken pro Monat. Ferien hatte er keine. Bei der ersten Krise wurde er entlassen. Von einem Tag auf den anderen keine Arbeit mehr – denn der lasche schweizerische Kündigungsschutz wird noch lascher, wenn man weder einen roten Pass, noch eine C- oder B-Bewilligung besitzt, sondern einen F-Ausweis: vorläufige Aufnahme.

Mit einem F-Ausweis eine Arbeit zu finden ist alles andere als einfach, vor allem in Krisenzeiten. Patrick jobbt hie und da für kleine Unternehmen, doch stets als Tagelöhner. Bis er in die Sozialhilfe abrutscht. Als Flüchtling bekommt man dann auch dreissig Prozent unterhalb der vorgesehenen Ansätze. Den Rest muss man sich mit workfare dazuverdienen. So ist Patrick zu Team Sauber gestossen, dem Arbeitsprogramm für Flüchtlinge und Asylsuchende der Region Bern. Vier Stunden täglich, fünf Tage die Woche, jede Woche, jeden Monat, seit vier Jahren. Und das alles für 2.25 Franken die Stunde, höchstens 200 Franken pro Monat.

Patrick versteht, warum er dieses Programm besuchen muss. Einerseits sei es für BernMobile, die Stadt und den Kanton ökonomisch rentabel, Flüchtlinge wie Sklaven zu behandeln. Andererseits habe diese Anstellung aber auch einen disziplinierenden Effekt auf alle Erwerbstätigen: „Wir leben euch vor, wo ihr landet, wenn ihr nicht jeden Tag Leistung erbringt“ sagt er.

Bleiberecht für alle

BERN. Bereits 2001/2002 trat die Sans-Papiers Bewegung durch langfristige Kirchenbesetzungen aus dem Schatten. Als Fortsetzung der Sans-Papiers Bewegung und als Reaktion auf die Verschärfung des Asyl- und Ausländergesetzes entstand 2006 die Bleiberechts-Bewegung.

Den Auftakt der Bleiberechts-Bewegung machten 120 Flüchtlinge und Solidarische am 19. Dezember 2007 mit der symbolischen Besetzung des Grossmünsters in Zürich. Ein Jahr später wurde die Dynamik der Bewegung in Zürich mit der zweiwöchigen Besetzung der Predigerkirche weiter gestärkt. Währenddessen organisierten sich weitere Bleiberechts-Kollektive in den Städten Basel, Bern, Fribourg und Lausanne.

Die autonome Basisbewegung „Bleiberecht für alle“ besteht aus Menschen, mit und ohne geordneten Aufenthaltsstatus. Sans Papiers sollen mit eigenen Mitteln für ihre Rechte und ihre Autonomie kämpfen und durch Selbstorganisation als Individuen anerkannt werden.

Die Bleiberecht-Bewegung fordert einen radikalen Perspektivenwechsel in der Migrationspolitik. Die weltweiten Migrationsbewegungen führen vor Augen, dass Migration nicht wie ein Wasserhahn – je nach Bedarf – auf- und zugedreht wer-



den kann. Die zunehmenden Restriktionen und gesetzliche Verschärfungen können Menschen nicht davon abhalten, Grenzen zu passieren.

„Bleiberecht für alle“ fordert die globale Bewegungsfreiheit und ein Bleiberecht für alle, die hier hergekommen sind. Um die menschenunwürdigen Lebensbedingungen der etwa 300'000 in der Schweiz lebenden Sans-Papiers zu verbessern, besteht das kurzfristige Ziel der Bleiberecht-Bewegung in einer kollektiven und unbürokratischen Regularisierung aller Sans-Papiers, im sofortigen Ausschaffungsstopp, in der Abschaffung des Not-Hilfesystems und in der Wiedereinführung der Sozialhilfe. Der Wider-

stand von „Bleiberecht für alle“ richtet sich gegen die Entrechtung aller Migrant_innen. Die Bleiberecht-Bewegung kämpft für eine andere Migrationspolitik, die sich an Menschen und nicht, wie die heutige an Geld, Angstmacherei, Ablehnung und Diskriminierung orientiert. Langfristig kämpft sie für eine Welt ohne nationalstaatliche Grenzen und für einen globalen, freien Personenverkehr mit allen dazugehörigen sozialen Rechten.

Um sich die migrationspolitische Agenda anzueignen, setzt die Bleiberecht-Bewegung mit zivilem Ungehorsam auf militante und gewaltlose Aktionen. Mit der einwöchigen Besetzung der „Kleinen Schanze“

in Bern wurde Ende Juni 2010 erstmals eine gesamtschweizerische Aktion durchgeführt. Neben einer Demonstration zum Bundesamt für Migration (BFM) in Wabern, organisierte die Bewegung damals auf der „Kleinen Schanze“ verschiedene kulturelle Veranstaltungen und bot eine Diskussionsplattform zu verschiedenen asyl-migrationspolitischen Themen.

Die Bleiberecht-Bewegung setzte ihren Widerstand auf der „Kleinen Schanze“ mit der Aktion am 1. August 2010 in Eiken (Kanton Aargau) fort. Unter dem Motto „Eiken für alle“ feierten die Bewohner_innen des Dorfes damals nicht nur den Schweizer Nationalfeiertag, sondern auch den 850. Geburtstag ihrer

Gemeinde. Als Festrednerin wurde die Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf eingeladen, damalige Vorsteherin des Eidgenössischen Polizei- und Justizdepartementes (EJPD). „Bleiberecht für alle“ nutzte den Anlass als Plattform, um gegen die schweizerische Asyl- und Ausländer_innenpolitik zu protestieren und Widmer-Schlumpf ein weiteres Mal mit seinen Forderungen zu konfrontieren.

Mit dem europäischen Marsch der Sans-Papiers und Migrant_innen wird der Kampf für ein Bleiberecht für alle und der Widerstand gegen die europäische Migrationspolitik von verschiedenen vernetzten Sans-Papiers-Gruppen aus ganz Europa auf internationaler Ebene weitergeführt. Alle sind aufgerufen, am europäischen Marsch der Sans-Papiers und Migrant_innen teilzunehmen und sich zu solidarisieren!

Die neuen prekarierten Gastarbeiter_innen

BERN. Die vorläufige Aufnahme (Ausweis F) ist ein Status, der jederzeit wieder aufgehoben werden kann. Schon seit einigen Jahren versteht es die Schweizer Wirtschaft auf der Grundlage dieser Unsicherheit Profite zu erwirtschaften. Seit einigen Jahren nämlich haben vorläufig Aufgenommene die Möglichkeit zu arbeiten. Aufgrund ihres temporären Aufenthaltsstatus arbeiten sie aber in höchst prekären Beschäftigungsverhältnissen: Schlechte Löhne, unsichere Arbeitsverhältnisse, schwierige Arbeitsbedingungen, unbezahlte Überstunden und keine Kontrolle über ihre Arbeitssituation. Vorläufig Aufgenommene werden aufgrund ihrer Herkunft und ihres Aufenthaltsstatus auf dem Arbeitsmarkt stigmatisiert und diskriminiert. All dies ist aber kein Zufall, sondern widerspiegelt das Vorhaben, den Arbeitsmarkt mit flexibel einsetzbaren und billigen Arbeitskräften zu versorgen. Diese finden die Unternehmen unter den Arbeitnehmenden mit unsicherem Aufenthaltsstatus. Was früher den Gastarbeiter_innen vorbehalten war, übernehmen heute

vorläufig aufgenommene und asylsuchende Personen: Über ein Drittel von ihnen arbeitet im Gastgewerbe und in privaten Haushalten. Die restlichen Personen sind vor allem in der Reinigung oder im Baugewerbe beschäftigt. Dies selbst dann, wenn sie über gute berufliche Qualifikationen oder eine Ausbildung aus ihrem Herkunftsland verfügen, Aus- und Weiterbildungen bleiben den meisten verwehrt. Vorläufig Aufgenommene müssen mit der täglichen Angst leben, ausgeschafft zu werden. Da sie in eine unsichere Zukunft blicken und ihre Lebensplanung sich äusserst schwierig gestaltet, begegnen sie ihrer Ausbeutung selten mit Widerstand. Eine Verbesserung ihrer arbeitsmarktlichen Situation oder ihrer Lebensbedingungen liegt denn auch nicht im Interesse des Staates oder der Unternehmen. Dies würde nämlich einerseits die Schmälerung der Profite bedeuten, andererseits könnten vorläufig Aufgenommene ihre Hoffnung und ihren Glauben an die Zukunft stärken und somit würde die Möglichkeit einer kollektiven Auflehnung gegen die Unerträglichkeit erhöht.

Die **vorläufige Aufnahme** (Ausweis F) ist eine so genannte Ersatzmassnahme. Sie wird angewendet, wenn Personen aus der Schweiz wegweisen wurden, aber der Vollzug der Wegweisung unzulässig (Verstoss gegen Völ-

kerrecht), unzumutbar (konkrete Gefährdung der Person aufgrund von Krieg, Bürgerkrieg, allgemeiner Gewalt und medizinischer Notlage im Heimat- oder Herkunftsstaat) oder unmöglich ist (vollzugs-



Free Basak –
keine Auslieferung
in die
Türkei!

TÜRKEI. Am 29. Mai 2012 wurde Basak Sahin Duman in Zagreb von der kroatischen Polizei festgenommen. Sie ist türkische Staatsangehörige und lebt seit 2006 mit ihrem deutschen Ehemann in Deutschland. Die kroatische Regierung verhaftete sie wegen eines internationalen Haftbefehls, um sie an die Türkei auszuliefern. Der Haftbefehl basiert auf einem Gerichtsurteil von 2010, in dem ihr die Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation und Propaganda für dieselbe Organisation vorgeworfen wird.

In der Türkei war sie politisch aktiv. Bereits 2004 wurde sie mit Anderen bei einer Protestaktion gegen die damals neuen Anti-Terrorgesetze und gegen eine Verschärfung der Haftbedingungen festgenommen. Auf dem Weg ins Gefängnis und während der dreimonatigen Haft wurde sie geschlagen. Die Anti-Terrorgesetze zielen darauf ab, jede politische Opposition zu kriminalisieren und zum Schweigen zu bringen. Das Gericht verurteilte Sahin Duman zu sechs Jahren und drei Monaten Haft, für Mitgliedschaft in einer "terroristischen Organisation". Zusätzlich wurde sie zu einer Haftstrafe von einem Jahr und drei Monaten wegen Propaganda für eine "terroristische Organisation" verurteilt. Die einzigen "Beweise" für das Urteil war ihre Beteiligung an legalen Aktionen und Wahlkampagnen. Im Urteil wurde der Terrorismusvorwurf konstruiert, um legitime politische Oppositionsarbeit gegen den türkischen Staat zu unterdrücken und zum Schweigen zu bringen. Aktuell befinden sich weit über 10.000 Menschen in türkischen Gefängnissen. Nach Aussagen von internationalen Menschenrechtsorganisationen ist die Türkei eines der repressivsten Regime der Welt. Gefangene sind dort nach wie vor der Folter ausgeliefert. Seit ihrer Festnahme gab es grosse Solidarität auf internationaler Ebene. Die kroatische Regierung wird aufgefordert, sie sofort freizulassen und die deutsche Regierung wird aufgefordert, alle Hebel für ihre Freilassung in Bewegung zu setzen.

Die politische Organisation einer humanitären Katastrophe

EUROPA. Während das Kapital weltweit immer freier zirkuliert, wird die Bewegungsfreiheit der Menschen repressiv eingeschränkt. Tausende sterben jährlich beim Versuch sich innerhalb der Festung Europa niederzulassen.

Das European network against nationalism, racism, fascism and in support of migrants and refugees führt seit 1993 eine Liste der verstorbenen Opfer der europäischen Migrationsregime. Dokumentiert werden Todesfälle von Personen, die an der Aussengrenze des Schengenraumes, in (halb-)geschlossenen Asylslagern oder während Ausschaffungen ums Leben kamen. Am 29. Januar 2012 wurde der 16'136. Todesfall verzeichnet. Ein junger Iraner erhängte sich in Würzburg in einem Asylheim. Offizielle Zahlen gibt es kaum. Die NGOs decken nur die Spitze eines schrecklichen Eisberges auf.

Im 2008 unterzeichneten „Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl“

finden sich die offiziellen Prinzipien dieses mörderischen Migrationsregimes: «Null-Einwanderung ist illusorisch. Strukturierte und regulierte Migration hingegen kann als Chance verstanden werden, denn es handelt sich hierbei um wachstumsfördernde Faktoren».

Um diese Chance zu realisieren, fusst die Festung Europa auf fünf Säulen: (1) Wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Regulation der Einwanderungsströme (2) Konsequente Ausschaffung der abgewiesenen Asylsuchenden und Sans-Papiers (3) Starke und koordinierte Grenzkontrollen (4) Vereinheitlichte Asylverfahren (5) Kopplung der Entwicklungshilfe an eigenständige politische Ziele Das Programm schafft eine scharfe Trennung von legaler und illegaler Migration. Im Innern der „Festung“ werden exterritorialisierte Internierungslager, Ausschaffungsgefängnisse oder Asylanlagen geschaffen,

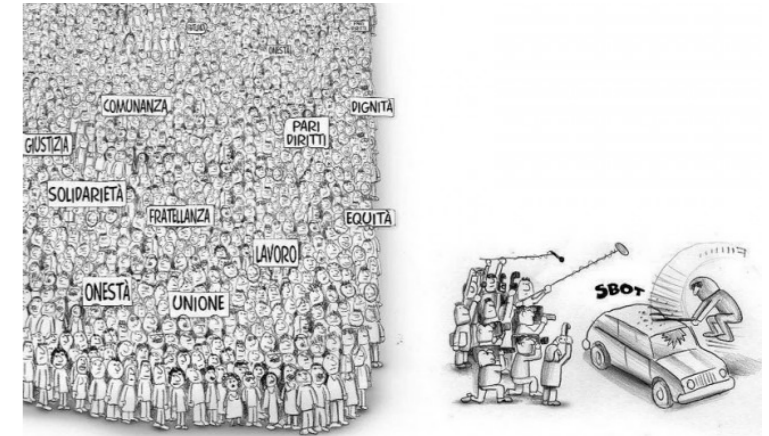
in denen Menschen, die nicht als offiziell anwendend gelten, ihrer Grundrechte beraubt werden. Über das Schengener Informationssystem (SIS), ein polizeiliches Daten- und biometrisches Visa-Informationssystem (VIS) werden Migrant_innen gesamt-europäisch zentralisiert erfasst und verwaltet. An der Aussengrenze wächst eine Festungsmauer. Die Festung Europa macht aus der Kontrolle der Grenzen und der Verwaltung der Migration einen Machtgegenstand. Auf der Strecke bleiben das Asylrecht der Genfer Flüchtlingskonvention und das Menschenrecht „sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen“ (Art.13). Das Netzwerk Migreuropa spricht in diesem Zusammenhang von der Externalisierung der Grenzkontrollen. Diese Praxis ist seit den 90er Jahren bekannt. Damals liessen sich Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn in die interessensgeleitete Überwachung ihrer Westgrenzen einspannen,

um damit ihre Aufnahme in die EU zu erreichen. 2004 sprach der damalige Bundesrat Blocher davon, die Armee zur Einrichtung von Flüchtlingslagern in Nordafrika einzusetzen und der sozialdemokratische Otto Schilly, damals deutscher Innenminister, erklärte, dass Afrikas Probleme in Afrika gelöst werden sollen. Mit dem Haager Programm zur Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht kommt es 2005 zum Dammbbruch. Wesentlich an der Externalisierung der Grenzkontrollen sind:

Die Militarisierung und Technisierung der Grenzkontrollen: Der «Schutz der Außengrenzen» erfüllt seit 2005 die «Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Aussengrenzen» (Frontex). Migrant_innen sollen bereits ausserhalb der EU abgefangen und geprüft werden. In Küstengebieten werden laufend Radaranlagen installiert. Zudem wird der Seeweg nach Spanien und Italien durch Frontex-Kontrollen auf offener See dichtgemacht.

Die Vereinnahmung von Nicht-EU Staaten als Pufferzone: Grenz- und Transitländer werden gedrängt, sich stärker bei der Kontrolle der Migration zu beteiligen. Dadurch soll die „zirkuläre Migration“ gefördert werden: Qualifizierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten dürfen in den Schengenraum einwandern und die Entwicklungshilfe wird erhöht, dafür beteiligt sich der Drittstaat an der Eindämmung der Einwanderung durch stärkere Grenzkontrollen und die Rücknahme von „illegal“ in die EU Eingewanderten.

So ging die EU 2007 mit Marokko eine so genannte Migrationspartnerschaft ein. Bis zum Sturz von Gaddafi war auch Lybien ein Beispiel für die Einbeziehung von Ländern in das europäische Überwachungs- und Kontrollsystem. Seit 2003 wurden durchschnittlich 50'000 Menschen nach Libyen abgeschoben. Vor allem Italien hatte der ehemaligen Kolonie riesige Geldsummen für den Bau von Abschiebelagern und Rückführungen an-



geboten. Heute erfüllt die Türkei diese Funktionen. Die Errichtung von Lagern rund um die Aussengrenze: Lager wurden zum privilegierten Instrument der Verwaltung von Migrant_innen. Migrant_innen werden diesen ohne richterlichen Beschluss zugewiesen. Das „Delikt“ der Migration führt zu menschenwürdigen Behandlungen. Die Anwendung von physischer und psychischer Gewalt gehört zum Organisationsprinzip. Die Bewegungsfreiheit wird nicht nur in geschlossenen, sondern auch in halbgeschlossenen oder sogenannten offenen Lagern eingeschränkt. Privatsphäre existiert kaum. Obwohl Lager immer einen provisorischen Charakter aufweisen, bleiben die Menschen immer langfristiger in ihnen „gefangen“.

Rassismus und Xenophobie

Das europäische Grenzregime vermittelt die Illusion einer technokratischen Kontrolle der weltweiten Migrationsbewegungen. Die unkontrollierbare Re-

alität wird offiziell ausgeblendet. Migration wird zur Straftat deklariert und Migrant_innen als Kriminelle stigmatisiert. Die Wahlerfolge der Goldenen Morgenröte und die faschistischen Aktionen in Griechenland, das staatsrassistische Regime Ungarns oder die salonfähigen rechtspopulistischen Parteien Westeuropas sind Folgen dieser politischen Organisation einer humanitären Katastrophe.

Es zeigt sich, dass migrationspolitischer Utilitarismus und das Aufkommen von Xenophobie und Rassismus zusammengedacht werden muss.



Alternativ-Ferien am Mittelmeer

AFRIKA. Endlich Ferien!
Während wir unseren Urlaub in ferne Länder planen und von den etlichen Spezialangeboten in Nordafrika profitieren, sterben täglich Menschen beim Versuch, das Mittelmeer Richtung Westeuropa zu durchqueren. Die Helden des Tahrir-Platzes, die die Überfahrt schaffen, mutieren dabei quasi über Nacht zu Profiteure, die unsere Gastfreundschaft auszunutzen versuchen. Als Unterzeichnerin der Schengener und Dubliner Verträge und aktives Mitglied der europäischen Grenzagentur Frontex zeichnet sich auch die Schweiz verantwortlich für diese Toten. Allein 2011 starben über 1500 Personen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren. Spätestens im Juli werden Tausende von „Harragas“ wieder den Schwumm über das Mittelmeer wagen. Ihnen stehen eine Unzahl Drohnen, Radars und Kriegsschiffe gegenüber. Die offizielle Schweiz beteiligt sich aktiv daran und macht darüber hinaus nicht nur Druck auf Italien, Gestrandete zurück zu nehmen, die sich bis zu uns durchschlagen konnten: Unlängst akzeptierte die neue tunesische Regierung ein Rückübernahme-Abkommen mit der Schweiz, das bis heute geheim gehalten wird. Wir fragen: Was gibt es da zu verstecken?
Es hat noch freie Plätze!
In Sorge um das Leben der Mutigen, die dennoch zur Flucht ansetzen und in die Mühle der Migrationskontrolleure geraten, haben sich verschiedene europäische Nichtregierungsorganisationen zur Kampagne „Boats 4 People“ zusammen getan. Am 1. Juli brechen mehrere Schiffe von Cecina über Palermo nach Tunesien auf, nicht nur um die Aufmerksamkeit der europäischen und nordafrikanischen Bevölkerung auf diese Tragödie zu lenken, sondern auch um praktische Hilfe zu leisten bei Meldungen von Flüchtlingsbooten und Schiffbrüchigen.
Vom 8. bis 16. Juli gibt es die Möglichkeit, in Monastir und Tunis das Land von einer anderen Seite und Aktive von beiden Seiten des Mittelmeeres kennen zu lernen. Zum Abschluss reisen wir nach Lampedusa, wo ab dem 19. Juli ein Filmfestival zu Migration beginnt. An der Mitfahrt Interessierte melden sich bei contact@boats4people.org.

Einsätze auf See

EUROPA. Im Mai des Jahres 2005 begann die europäische Grenzschutzagentur Frontex mit einzelnen Pilotprojekten. Heute ist Frontex im militarisierten Dauereinsatz gegen Flüchtlinge und Migrant_innen, sei es an den See- oder Landaustragsgrenzen oder in der Koordination von Charterabschiebungen. Frontex ist die treibende Kraft zur Verschärfung einer repressiven Migrationskontrolle, sogar über die EU-Grenzen hinaus. Frontex symbolisiert einen der zentralen Gegenspieler im Kampf für globale Bewegungsfreiheit.

Für Frontex haben die Seegrenzen eine besondere Bedeutung, schon seit der Einrichtung der Agentur im Jahre 2004. Die besondere Aufmerksamkeit, die Frontex den Seegrenzen widmet, mag mit deren speziellen Charakter zusammenhängen: es gibt dort keine klare Linie mit Grenzposten und -pfosten. Vielmehr bleibt das Meer ein weites, diffuses Areal, eine „fliessende Grenze des Rechtsraums“, ein ideales Experimentierfeld für eine Agentur, die beabsichtigt, eine neue Form von Grenzmanagement zu erfinden, zu testen und letztlich zu etablieren. Die Rechte und häufig auch das Leben der Migrant_innen gehen in diesen Prozessen verloren. Tausende sterben auf See nach oder bei illegalen Rückschiebungen, das Abfangen und „Umdrehen“ der Bootsflüchtlinge



ist das tägliche Geschäft von Frontex: vor den Küsten Westafrikas, im Mittelmeer oder in der Ägäis. Natürlich spielen die spanischen, italienischen oder griechischen Grenzpolizeien eine zentrale Rolle bei der Blockierung und Rückschiebung von Flüchtlingen und Migrant_innen nach Senegal, Libyen oder in die Türkei. Aber die militarisierte Frontex-Armada toleriert nicht nur diese lebensgefährlichen Praktiken der Menschenjagd und unrechtmässigen Abschiebungen. Frontex moderiert, koordiniert und bilanziert auch den Krieg gegen Flüchtlinge und Migrant_innen in der Absicht, ein Abschreckungsregime zu installieren.

EuroSur ist der Name eines ambitionierten umfassenden europäischen

Überwachungssystems, für das alle technischen Möglichkeiten zum Einsatz kommen sollen. Satelliten und Drohnen, jede verfügbare technische Ausrüstung soll genutzt und in diesem System „integriert“ werden. High-Tech-Firmen werden aufgefordert, passende Instrumente zu entwickeln.

Frontex hat in den vergangenen Jahren gelernt und versucht, sein zunehmend ramponiertes Image neu aufzupolieren und stellt sich als neutrale Dienstleistungsagentur dar, die lediglich Technologien bereitstellt, um eine „bestmögliche Anwendung“ zu ermöglichen. Sie bedient sich des Menschenrechtsdiskurses und gibt vor, dass ihre Massnahmen der Rettung von Bootsflücht-

lingen dienen. Aber diese Worthülsen können die eigentlichen Missetaten nicht verdecken. Sei es gegen Menschen ohne Papiere innerhalb der EU oder gegen Bootsflüchtlinge an den Aussengrenzen.

Eine der Aufgaben, für die Frontex bekannt ist, ist das Abfangen von Migrant_innen durch gemeinsame Patrouillen und Operationen an den EU-Grenzen.

Aber eines der Hauptprobleme ist: Was machen EU-Mitgliedsstaaten mit den „abgefangenen“ Migrant_innen? Sie in das Nicht-EU-Land zurückzuschicken, aus dem sie kommen, ist nicht so einfach, wenn es kein Rückübernahmeabkommen gibt, insbesondere für Transitmigrant_innen.

Ausserdem gibt es Kritik von Menschenrechtsorganisationen, dass jedes „refoulement“ (Rückschiebung) von Migrant_innen, die „wirkliche“ Flüchtlinge/Asylsuchende sein könnten, illegal ist.

Dies sind Gründe, warum EU-Mitgliedsstaaten eine Reihe von Massnahmen erfunden haben, um Migrant_innen abzuschicken. Frontex begann, solche Massnahmen zu koordinieren und zu verbessern, durch Organisation von Fortbildungen zur Durchführung von Verhören und Charterabschiebungen und durch Personalaustausch. Seit 2006 ist Frontex direkt beteiligt bei Charterabschiebungen. In Griechenland begann Frontex 2009 ein Projekt zum Aufbau von

Kapazitäten zur Rückführung, genannt Attica. Das Pilotprojekt lief drei Monate lang, während derer ein voll funktionsfähiges Rückführungs- und Koordinationszentrum aufgebaut wurde.

Griechenland begann mit der Beteiligung an gemeinsamen Sammelabschiebungen nach Nigeria und Georgien. Auf griechischen Inseln wie Lesbos und Samos geben sich Frontex-Mitarbeitende als Journalisten, Menschenrechtler oder Dolmetscher aus und versuchen so, die Staatsangehörigkeit von Migrant_innen ohne Papiere herauszufinden und/oder zu ändern und das Alter von Minderjährigen heraufzusetzen, um ihre Abschiebung möglich zu machen. Neu ist, dass ein solches „Screening“ schon stattfindet, bevor Migrant_innen Asylanträge stellen können, was bedeutet, dass diejenigen, die in Europa nicht erwünscht sind, direkt nach der Ankunft zur Abschiebung aussortiert werden. Regierungen geben vor, damit die Bedingungen internationaler Menschenrechtsabkommen zu erfüllen, aber tatsächlich ist dies nur eine Modernisierung des repressiven und selektiven Migrationsregimes.

Lancierung der Kampagne „Ungerechtigkeit entsorgen“

SCHWEIZ. Die Stiftung „Umwelt-, Tier- & Menschenschutz“ lanciert die landesweite Kampagne für einen sorgfältigen Umgang mit Gerechtigkeit zusammen mit Kommunen und den kantonalen Ämtern. Die Kampagne mit dem Motto „Ungerechtigkeit entsorgen“ hat zum Ziel, die Bevölkerung für einen sorgfältigen Umgang mit toxischen Gütern wie Xenophobie oder Fremdenfeindlichkeit zu sensibilisieren. Während zwei Jahren werden Gemeinden gross angelegte Sonderdeponien errichten. Zusätzlich werden Bürger_innen dazu aufgerufen, selbst Initiative zu ergreifen und vor ihren Häusern Container bereitzustellen. Leer herumliegende Feindbilder müssen korrekt entsorgt werden: Sie gehören zurück zur Verkaufsstelle der SVP oder zur Sonderabfall-Sammelstelle. Gleiches gilt für das wuchernde Saatgut anderer Angstproduktionsfirmen, die dank der Weltwirtschaftskrise über Jahre hinweg zuverlässige und nachhaltige Ängste produziert, die immer wieder für realpolitische Zwecke zum Einsatz kommen.

Bereits kleinste Mengen von Raben und Schaf-Ästhetik können grosse Schäden hervorrufen. In der Schweiz werden im Siedlungsgebiet jährlich mehr als 2000 Tonnen rassistischer Plakate aufgefunden. Die Bilder, die dadurch in die Öffentlichkeit geraten vergiften die Kausalwasser. Des Weiteren belastet das Wuchersaatgut zwischenmenschliche Beziehungen und den Boden, es kann im Trinkwasser oder in unseren Lebensmitteln wieder auftauchen und bewirkt einen massiven Rückgang der allgemeinen Selbstbestimmung. Gemeinden, Schulen und Vereine können sich der Kampagne anschliessen. Unterstützung erhalten sie bei sozialen Bewegungen. Dort gibt es Ideen für Aktion und Reflexion. Weitere Ratgeber sind sie selbst und die Menschen im Umfeld, die der parlamentarischen Politik nicht nur misstrauen, sondern diese Stellvertreter-Politik grundsätzlich hinterfragen. Selbstverwaltete Betriebe und Gemeinschaftsprojekte stehen Ihnen mit Rat und Tat zur Verfügung.

Grosskonzern-Flaschen

BASEL. Am 21. Juni ereignete sich an der Otterbachgrenze, unweit vom Ausschaffungsgefängnis Bässlergut ein tragischer Zwischenfall: 5 Minuten vor 12 kam es zu einer Massenselbsthängerung sogenannter Grosskonzernflaschen. Augenzeugen schildern, dass sich die Flaschen erst auf einer nahegelegenen Waldlichtung versammelten, um einer Wachstumpredigt des Oberflaschenpropheten Nestlé zu lauschen. Ohne Rücksicht auf die anwesenden Flüchtlinge aus dem nahegelegenen Empfangszentrum, holten sie Anlauf zum gemeinsamen Aufschwung und landeten auf den Ästen der umliegenden Bäume. Sie legten sich eine Schlinge um den Hals, die sie an den oberen Ast-Etagen befestigten und begannen an den Ästen zu sägen, auf denen sie sass. Als sich die Äste lösten, kam es zur Massenselbsthängerung. Die ebenfalls anwesende Polizeipatrouille, die eigentlich vorbei kam, um Asylsuchende zu jagen, konnte nicht eingreifen, weil sie von einer friedlichen Party mit fröhlichen Gästen abgelenkt war, die unbedingt sofort beendet werden musste, da es das Gesetz verbietet, dass Menschen ohne staatliche Kontrolle abseits der Basler Fasnacht zusammen feiern. Aus einem Erklärungsschreiben der suizidalen Flaschen, das kurz danach im Internet auftauchte, geht hervor, dass es sich um Anhänger der ominösen Wasserhandel und Wirtschaftssekte Nestlé, Novartis, Banken & Co handelte, welche blinde Profitgläubigkeit vertritt. Die Verfasser des Schreibens haben sich selbst geopfert, weil sie demonstrieren wollten, dass die masslose Profitgier nur funktioniert, wenn man konsequent über Leichen geht – notfalls auch mit dem Einsatz des eigenen Lebens. Als symbolischen Ort hätten sie die Nachbarschaft der Zwangsunterbringungen für Flüchtlinge gesucht, weil es einen direkten Zusammenhang zwischen den Erfolgswahlen der europäischen Multis und der prekären Migration gibt. Das Credo lautet: wer Wasser importiert und Waffen exportiert oder sonstige gewissenlose Geschäfte mit Kleptokraten macht, importiert Kriegs- und Armutsmigration.

Liberalisierung des Asylwesens

ZÜRICH. Die ORS Service AG ist eine private Dienstleistungsfirma, die im Auftrag des Kantons und des Bundes für die Betreuung und Unterbringung von Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen aufkommt.

Ihre zentrale Aufgabe, so steht es auf ihrer Homepage, sei die „zuverlässige Betreuung und menschlich korrekte Behandlung von Asylsuchenden“. In erster Linie ist die ORS Service AG aber eine gewinnorientierte Aktiengesellschaft, im Jahr 2010 erwirtschaftete sie 55 Millionen Franken. Seit den 1990er Jahren profitiert das Unternehmen von der Privatisierung und Liberalisierung staatlicher Aufgaben. Die Kantone und der Bund vergaben immer mehr Aufträge an die ORS Service AG, dadurch wurden Hilfswerke als dienstleistende Non-Profit Organisationen vom neugeschaffenen Markt verdrängt. Das Outsourcing von staatlichen Aufgaben an private gewinnorientierte Dienstleistungsfir-

bedeutet eine zunehmende Privatisierung des Asylbereichs. Im Kanton Bern, beispielsweise, waren bisher zwei andere Organisationen für die Betreuung und Unterbringung von Asylsuchenden zuständig: Die Heilsarmee Flüchtlingshilfe und die Organisation „Asyl Biel und Region“. Beides sind Non-Profit Organisationen mit langer Tradition im Flüchtlings- und Asylwesen. Der Kanton hat aus unerfindlichen Gründen seit diesem Jahr den Auftrag für die Zivilschutzanlage „Hochfeld“ der ORS Service AG übergeben. Damit schafft er eine Konkurrenzsituation und erhöht den Wettbewerb unter den Organisationen im Asylbereich. Die Kriterien des Wettkampfs sind Effizienz, Loyalität gegenüber der Politik des Arbeitgebers und möglichst kostengünstige Unterbringungen, damit der Kanton seine Sparmassnahmen im Asylbereich umsetzen kann. Im Zuge der Teilrevision des Asylgesetzes im Jahre 2006 stand in der Bot-

schaft des Bundesrates, dass sowohl institutionelle wie auch finanzielle Anreize für Kantone und Asylsuchende geschaffen werden müssen. Für die Kantone braucht es Anreize, die harte Linie konsequent umzusetzen und effizient wegzuweisen. Für Personen, die Asyl beantragen oder deren Asylantrag abgelehnt wurde, sollen Anreize bestehen, damit sie selbstverantwortlich wieder ausreisen. Personen, die längere Zeit in der Schweiz bleiben dürfen, sollen dazu angeregt werden, Selbstverantwortung in Bezug auf ihren Aufenthalt zu übernehmen. Der Staat versucht durch Anreize die Institutionen und Menschen zu lenken. Was eigentlich unter demokratische Obhut gehört, wird der Profitlogik unterworfen – die loyalste und vor allem kostengünstigste Firma erhält die Aufträge im „Asylbusiness“. Wie die Asylsuchenden behandelt und ob die Menschenrechte eingehalten werden, spielt dabei keine Rolle. Asylsuchende werden als Ware betrachtet, hin- und hergeschoben und unter unannehmbaren Bedingungen untergebracht. Solange Sparwille und Effizienz feststellbar sind, geben sich der Kanton und der Bund zufrieden und scheren sich nicht um eine korrekte menschenwürdige Behandlung der Asylsuchenden.

Fremdenfeindlichkeit ist tödlich.

La xénophobie tue.

La xenofobia uccide.

Spendenaufruf

Spenden Sie jetzt an die Internationale Koalition der Sans-Papiers und der Migrant_innen (IKSM) und helfen Sie mit gegen den Virus des Rassismus und der Xenophobie zu kämpfen!
Für die Würde und die Rechte der Sans-Papiers und der Migrant_innen.
IBAN : CH47 0900 0000 1289 0454 0

Ablauf des Marsches

Marsch der Sans-Papiers und Migrant_innen in der Schweiz: 21. - 25. Juni 2012
Basel - Bern - Wünnewil

Donnerstag, 21. Juni:
Strecke Freiburg (D) - Basel
11:00 Uhr : Grenzüberschreitender antirassistischer Lauf (Zoll Otterbach)
12:00 Uhr : Empfangsfest bei der Bblackboxx (Freiburgerstrasse 36)

Freitag, 22. Juni:
Aktionstag in Basel
Migrationspolitischer Stadtrundgang in Basel
10:00 Uhr: Treffpunkt NT Areal

Samstag, 23. Juni:
Strecke Basel - Bern und Demo in Bern

Grossdemonstration: Stopp der Menschenverachtenden Migrationspolitik!
12:00 Uhr: Treffpunkt vor der ORS-Notunterkunft an der Hochfeldstrasse 42, Bern

Sonntag, 24. Juni :
Marsch Bern - Wünnewil und Solidaritätscamp in Wünnewil
11:00 Uhr: Abmarsch ab Bern, Schützenmatte, Richtung Wünnewil
Solidaritätscamp um die ORS-Notunterkunft in Wünnewil, Freiburg

Montag, 25. Juni:
Strecke Wünnewil - Turin (I)

Montag, 2. Juli:
Aktionstag in Genf und Ankunft in Strassburg



Crd: Franck Vibert

DEMO

STOPP DER MENSCHENVERACHTENDEN MIGRATIONS POLITIK

SAMSTAG
23. JUNI 2012
BERN

14.30 UHR
BESAMMLUNG
SCHÜTZENMATT

15.00 UHR
AUFTAKTKUNDGEBUNG

15.30 UHR
ABMARSCH DEMO

17.00 UHR
ABSCHLUSSKUNDGEBUNG
BUNDESPLATZ

18.00 UHR
ENDE DEMO

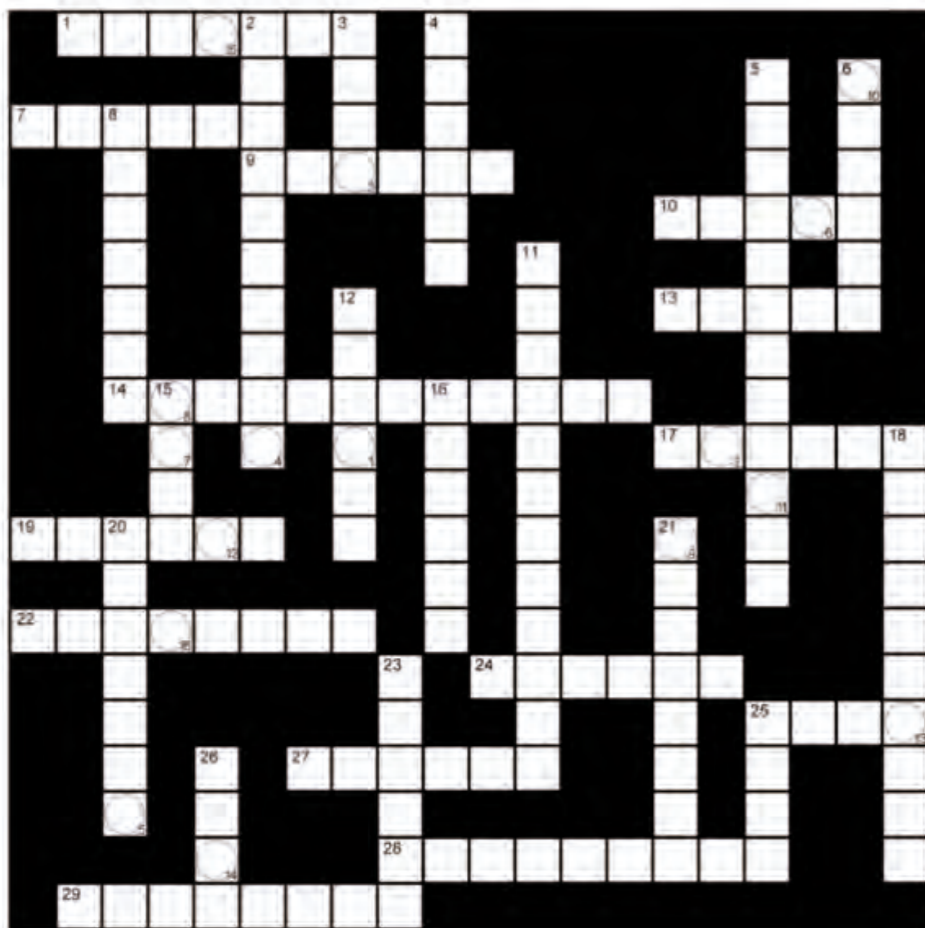
EUROPÄISCHER MARSCH
DER SANS PAPIERS UND DER MIGRANT INEN
FRANZÖSISCHER STÄATSBUND 2012

DEMO
BEWILLIGT
NICHT KLEBEN

WWW.ASYL.CH

FREMDEN
HETZE

Kreuzworträtsel



Waagrecht

- 1) die Wurzel betreffend
- 7) No border, no ...
- 9) Verbrauch, auch Handelskette in der ehem. DDR
- 10) negative Entwicklung oder Phase, „das“ Wort zur Zeit
- 13) ... Nation Kapital. Scheisse.
- 14) Befreiung von etwas
- 17) zu schotternder Behälter
- 19) fühlt sich allein ohne Theorie
- 22) Herrschaftslosigkeit
- 24) diese parlamentarische Organisationsform hat angeblich immer recht
- 25) abstrakte Wareneigenschaft
- 26) kurz: Demonstration
- 27) Überschuss, Gewinn
- 28) Weltanschauung

Senkrecht

- 2) ökonomischer Wettbewerb
- 3) Entgelt, kommt heute nicht mehr in die Tüte
- 4) Tüte
- 5) „besetzende“ Bewegung auf Wachstum und Konkurrenz ausgerichtetes Gesellschaftssystem
- 6) ... nervt!
- 8) bei der Fahrerlaubnisprüfung das einfache gegenseitige Unterstützung
- 11) gegenseitige Unterstützung
- 12) dient als „Waffe“ zum Aufzeigen von Missständen
- 15) Engels best buddy
- 16) kurz: antifaschistische Aktion
- 18) one solution, ...

Buchtipps

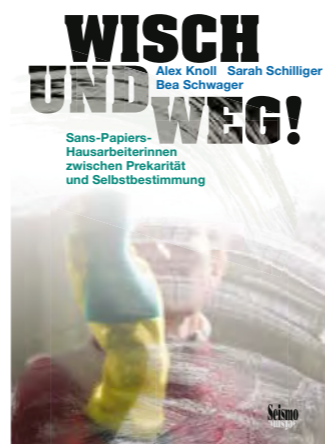
Alex Knoll, Sarah Schilliger und Bea Schwager **WISCH UND WEG!** Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen zwischen Prekarität und Selbstbestimmung. Seismoverlag, Zürich (Ab Mitte Juli im Buchhandel)

Mit Hoffnungen und Wünschen verlassen sie ihr Herkunftsland, um sich die Grundlage für eine bessere Zukunft zu schaffen. Hier erwartet sie ein Alltag, der geprägt ist vom irregulären Aufenthalt,

von Prekarität in allen Arbeits- und Lebensbereichen und von der Notwendigkeit, das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Die Rede ist von den rund 8'000 Sans-Papiers, die im Kanton Zürich in schätzungsweise jedem 17. Privathaushalt meist stundenweise als Hausarbeiterinnen beschäftigt sind. Mit Reinigungsarbeiten halten sie Wohnungen in Schuss und tragen durch Betagtenpflege und Kinderbetreuung einen beträchtlichen Teil

zur gesellschaftlichen Reproduktionsarbeit bei. Sie leben marginalisiert, aber dennoch inmitten der Gesellschaft. Ihre Angst, verhaftet und ins Herkunftsland zurückgeschickt zu werden, ist omnipräsent. Dieses Buch bietet einen Einblick in ihren Alltag und lässt Frauen zu Wort kommen, die sonst meist ungehört bleiben. Dabei werden vielfältige Strategien des Widerstands und des Umgangs mit Prekarität sichtbar. Schliesslich formuliert das Buch

politische Perspektiven zu irregulärer Migration und zu Care-Arbeit in Privathaushalten.



Das Ende der Dialogkultur

Leseempfehlung: Vom Staub befreit – gerne erinnert die Redaktion an das Kanak Attak Manifest aus dem Jahre 1998. Hier ein Auszug aus dem Manifest.

Obwohl Kanak Attak für viele nach Strasse riecht, ist es kein Kind des Ghettos. So hätten es die Spürhunde der Kulturindustrie gerne, die auf der Suche nach authentischem und exotischem Menschenmaterial sind, das den vermeintlich grauen Alltag bunter werden lässt. Dazu passt die Figur des jungen, zornigen Migranten, der sich von ganz unten nach oben auf die Sonnenseite der deutschen Gesellschaft boxt. Was für eine rührende neoliberale Geschichte könnte da erzählt werden, wie sich Wut in produktives kulturelles und ökonomisches Kapital verwandelt: Eine wahre Bereicherung für die deutsche Literatur und den deutschen Film! Ein echter Gewinn für den heimischen Musikmarkt! Sie sollen nur kommen.

Kanak Attak grenzt sich bewusst gegen ein Politikverständnis ab, das glaubt, mit Veranstaltungen wie dem "Tag des ausländischen Mit-

bürgers", Folklore in Maxi-Versionen und humanistischen Kampagnen den Dialog und das friedliche Zusammenleben zwischen Kanaken und der Mehrheitsgesellschaft zu fördern. Diese Toleranz-Leier war zwar nicht ganz umsonst. Hansemann und Trudelfrau wissen inzwischen auch Gyros-Kebab-Chop-Sui zu schätzen. Oh là là! Und wenn das Wetter gut und das Gewissen schlecht ist, wird das Auto mit dem Aufkleber "Ausländer, lasst uns nicht mit diesen Deutschen allein!" versehen. Kanak Attak ist keine FreundIn des Mültekulturalismus. Viele Befürworter hat dieses Modell aber ohnehin nicht mehr. Als ob es jemals über den Status kommunalpolitischer Experimente hinausgekommen, ja hegemonial gewesen wäre, reden Teile des Mainstreams inzwischen vom Scheitern der multikulturellen Gesellschaft. Da bleibt die Forderung nach assimilierter Integration und Unterwerfung nicht aus. Man

selbst ist ja so offen, demokratisch, hybrid, ironisch. Aber die "Anderen"! Verschluss, traditionalistisch, sexistisch, humorlos, fanatisch - mit einem Wort: fundamentalistisch. Klar, was den Migranten vor allem fehlt ist Toleranz. Und wer sich nicht in die offene Gesellschaft eingliedern will, der hat im aufgeklärten Almany nichts verloren. Dabei wird die Toleranz aus einer dominanten Position gefordert und bestehende Herrschaftsverhältnisse unterschlagen. Das ist eine infame Umkehrung der Verhältnisse. Dieser Logik folgt auch die Warnung vor zu lauter Kritik. Die sei nämlich nicht nur ungehörig sondern, so wird man aufgeklärt, könnte Vorurteile bei der deutschen Mehrheitsgesellschaft produzieren. Dies alles weisen wir entschieden zurück.

SWISS CHARTS - Singles Top 15

Nissuno e illegale
Zisa

Salut à toi
Berurier noir

L'Opium Du Peuple
René Binamé

Ouvrez les frontières
Tiken Jah Fakoly

Le Boxeur
Vladimir Vissotski

Down Babylon
Steff la Chef

Réveillez-vous
Kenya Arkana

Bella Ciao
Tonino Carotone

Erich
Muslim

Al-layla gharib
Mohamed Mounir

Kommen und Gehen
Gerhard Gundermann

Nein, Nein, Wir wollen nicht eure Welt
Klaus der Geiger

Raise Your Voice
Bad Religion (with Campino)

2 Minuten Hass
Kaput Krauts

Rafahafahana
Mahaleo

Angst macht sehr schnell abhängig.

La peur crée une forte dépendance.

La paura crea un'elevata dipendenza.

Populismus führt zu Verstopfungen der Denkprozesse und verursacht Konflikte.

Le populisme désensibilise votre conscience et provoque des crises.

Il populismo ostruisce il processo mentale e provoca conflitti.

Fremdenfeindlichkeit ist tödlich.

La xenofobie tue.

La xenofobia uccide.

Allgemeine Lage ganze Schweiz

Die Schweiz wird von einer Kaltwetterfront heimgesucht gegen alles, was aus dem Süden oder Osten kommt. Von rechts brauen sich düstere Wolken zusammen,

die sich immer weiter nach links ausbreiten. Nach Prognosen von Wetterfrosch Dr. Sans-Papiers kann dies auch zu braun verfärbten Hasshagelstürmen füh-

ren, die sich überall ausserhalb der Aufenthaltsbewilligungszone entladen. Leider trifft es auch viele ehemals grüne Bäume, die sich vorausseilend unter dem

Hagelkugeln beugen. Nur ganz junge grüne Sträucher können noch Stand halten.

Detailprognose



**Donnerstag
21. Juni:**

Am Donnerstag zieht ein Strom von Sans-Papiers und Migrant_innen über die Schweizer Grenze. Obwohl viel Niederschlag herrscht, bringen sie ein Hoch mit, das viel Freudefeuer über den Widerstand gegen ihre Unterdrückung verbreitet. Achtung Waldbrandgefahr.

**Freitag
22. Juni:**

Das Wetter ist wechselhaft. In der Stadt Basel regnet es Kritik an diversen neuralgischen Orten in Sachen Migration. Aufhellung der düsteren Aussichten durch kollektive Widerstandsschimmer am Horizont.

**Samstag
23. Juni:**

Das Hochdruckgebiet breitet sich weiter nach Bern aus. Kräftige Stürme sind zu erwarten gegen den negativen Klimawandel in der Migrationspolitik.

**Sonntag
24. Juni:**

In Wünnewil braut sich Empörung gegen die Unwetter der Gewinnsucht der Asylfirma und der Aktiengesellschaft ORS AG zusammen, die unter anderem auch hier einen unterirdischen Bunker für Flüchtlinge betreibt.

**Montag
25. Juni:**

Der Sturm der prekären Migrant_innen verlagert sich weiter in Richtung der Asylfirma und Turin. Auch dort ist mit einer Kaltwetterfront zu rechnen.

Kleinanzeigen

Aufruf zum Manifest und manifestieren der Aaaaaas*

Antirassist_innen * Antisexisten * Arbeitslose * Ausgesteuerte * Alte * Asylbewerber * Asylhabende * Antiautoritäre * Ausgegrenzte * Alleinerziehende * Alkoholiker * Ausgeschlossene * Ausgewiesene * Ausgebeutete * Antikapitalisten * Aufgebrachte * Andersdenkende * Anderswollende * Angekackte * Abers * Allergiker * Antiaufwärter * Abenteurer * Aliens * Angler * Astronauten * Aufbauwer * Abbauer * Azubis * Alle-scontainer_innen * Ambitiöse * Amöben * Ambiva-

lente * Anrühige Interessierte wenden sich bitte an die unmittelbare Nachbarschaft oder die nächste Stammbaar, veranstalten eine Gesprächsrunde mit Freunden und Verwandten oder machen einen aktiven Rundgang durch die Welt.

